Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

48. Sitzung
8. November 2023

Beginn: 12.06 Uhr
Schluss: 19.28 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen
– Mitteilungen des Vorsitzenden,
– Überweisungen an die Unterausschüsse,
– Konsensliste,
– sonstige geschäftliche Mitteilungen,
soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt weist auf die als Tischvorlagen zur TOP 2 verteilten Vermögensgeschäfte rote Nrn. 1282 und 1283 hin.

Der **Ausschuss** stimmt der Tagesordnung einschließlich 1. und 2. Mitteilung sowie der Konsensliste zu.

Vorsitzender Stephan Schmidt schlägt vor, TOP 3 – Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1233: Gesetz zur Änderung hundesteuerlicher und ordnungsrechtlicher Vorschriften – und TOP 4 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/0963: Zweites Gesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes – mögen gemeinsam zur Beratung aufgerufen werden. Der zuerst eingegangene Verhandlungsgegenstand Drucksache 19/0963 solle dabei zuerst abgestimmt werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem zu.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass vor der Fortführung der Haushaltsberatungen noch einmal über den Umgang mit Änderungsanträgen gesprochen werde, damit die Fraktionen im Rahmen der Möglichkeiten einen Überblick gewinnen könnten, wann jeweils mit solchen zu rechnen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, die Sprecherinnen und Sprecher sollten sich während einer Sitzungsunterbrechung hierzu verständigen.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1099 **Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Klimaschutz, Resilienz und Transformation** Hierzu: Anhörung	1137 Haupt

Hierzu wurde verteilt:

Stellungnahme Rechnungshof von Berlin – PGPrA – vom 31.10.2023	1137 A Haupt
Bericht SenFin – II B – vom 03.11.2023 **Rechtsgutachten zum Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“ des Landes Berlin**	1137 B Haupt

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

I.	Empfehlung des UA VermV vom 08.11.2023 **Vermögensgeschäft Nr. 9/2023** **des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**	1282 Haupt
II.	Empfehlung des UA VermV vom 08.11.2023 **Vermögensgeschäft Nr. 7/2023** **des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte**	1283 Haupt

André Schulze (GRÜNE) berichtet als stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses Vermögensverwaltung, dass jener Ausschuss am heutigen Tage beschlossen habe, dem Hauptausschuss die Ablehnung der Vorlage – zur Beschlussfassung – betreffend Nr. 7/2023 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte – rote Nr. 1283 – und die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – betreffend Nr. 9/2023 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte in der Fassung

> Der Bestellung eines Erbbaurechts am Grundstück Eisenacher Straße 53, 55 in Berlin-Tempelhof-Schöneberg (Flur 520, Flurstück 133 Gebäude und Freifläche Eisenacher Str. 53, 55) zu den im Erbbaurechtsvertrag vom 14. Juli 2023 zur UVZ-Nr. 155/2023 des Notars Dr. Hermann Stapenhorst in Berlin vereinbarten Bedingungen wird zugestimmt.

– rote Nr. 1282 – zu empfehlen.

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Abgeordnetenhaus solle die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – rote Nr. 1282 und die Ablehnung der Vorlage – zur Beschlussfassung – rote Nr. 1283 empfohlen werden. Im ersteren Fall werde Dringlichkeit empfohlen.

b) **Beschlussfassung über eine Empfehlung des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8 i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegen keine Empfehlungen vor.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – 1199
Drucksache 19/1233 Haupt
Gesetz zur Änderung hundesteuerlicher und ordnungsrechtlicher Vorschriften

und

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke 0982
Drucksache 19/0963 Haupt
Zweites Gesetz zur Änderung des Hundesteuergesetzes

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) führt zur Begründung des gemeinsamen Antrags seiner Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 19/0963 an, dass momentan eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung bei den durch den Vorgängersenat erweiterten Befreiungstatbeständen bezüglich der in der aktuellen Gesetzesfassung adressierten Rentnerinnen und Rentner – dort werde auf das einschlägige SGB verwiesen – auf der einen und etwa der Pensionärinnen und Pensionäre sowie der Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner auf der anderen Seite bestehe. Die Steuerverwaltung habe in der Folge ihre Mühe mit entsprechenden formellen Anträgen oder Anfragen und Vorträgen von Ärgernissen. Auch die Abgeordneten habe dazu eine Vielzahl an Zuschriften erreicht. Mit dem vorliegenden Antrag schlügen beide Fraktionen, wenn man so wolle, die kleine Lösung vor, indem die Ungleichbehandlung beseitigt werde.

Zur inhaltlichen Dimension sei zu sagen, dass laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg die Armutsgefährdungsquoten von Rentnern und Pensionären von 5,2 Prozent im Jahr 2006 auf nunmehr 19,1 Prozent in Berlin gestiegen seien. Insofern komme eine Befreiung von der Hundesteuer einer kleinen, aber angesichts der Einzelfälle nicht unwichtigen Entlastung gleich. Überdies sei eine zunehmende Vereinsamung, gerade im Alter, in Berlin zu verzeichnen. Er verweise etwa auf den Anstieg ordnungsbehördlicher Bestattungen. Die damalige Gesetzesänderung habe sich unter anderem auf den Gedanken gegründet, welchen Beitrag man leisten könne, um Menschen, die sich einen Hund angeschafft hätten, zu entlasten, denn niemand sollte seinen Hund weggeben müssen, weil er nicht in der Lage sei, die Steuer zu entrichten. Seiner Erfahrung gemäß versuchten die Betroffenen dann ohnehin anderweitig Geld einzusparen.

Er bitte darum, dem Antrag zuzustimmen und damit das Redaktionsversehen der damaligen Gesetzesberatungen zu heilen. – Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1233, die ein sinnvolles Anliegen darstelle, sei bereits im Plenum erörtert worden.

Christian Goiny (CDU) begrüßt, dass sich das Abgeordnetenhaus regelmäßig und aus verschiedenen Sichtweisen mit den Themen Tierwohl und Tierschutz befasse. Die Vorlage des Senats bewirke eine Rechtsvereinfachung und verdiene Zustimmung. – Gleichzeitig sei seiner

Fraktion auch die von seinem Vorredner angesprochene Thematik bewusst. Seine Kollegin Tamara Lüdke von der SPD-Fraktion habe im Plenum zu dem gesamten Themenkomplex ausführlich Stellung bezogen. Weitere Diskussionen unter verschiedenen Aspekten stünden an. Die im Antrag Drucksache 19/0963 angesprochenen Pensionäre und Betriebsrentner seien nicht die einzige Gruppe, die mitberücksichtigt werden müsse. Aus seiner Sicht sollten die Koalitionsfraktionen weiter mit SenFin im Austausch bleiben und zusehen, wie im Sinne sowohl des Tierwohls als auch derjenigen Menschen, die gern Tiere hielten, eine weitere Verbesserung erzielt werden könne. Für die heutige Sitzung wollten es die Koalitionsfraktionen dabei bewenden lassen, lediglich der Senatsvorlage zuzustimmen.

Dr. Kristin Brinker (AfD) kündigt an, dass ihre Fraktion sowohl die Vorlage des Senats als auch den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke ablehnen werde, allerdings lediglich deshalb, weil die AfD-Fraktion eigene Anträge im Geschäftsgang habe und grundsätzlich die Hundesteuer so verändern wolle, dass sie im Prinzip von niemandem mehr gezahlt werden müsse.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus solle die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/0963 empfohlen werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt sagt, er gehe davon aus, dass wegen des sachlichen Zusammenhangs mit TOP 3 Dringlichkeit gewünscht werde. – Der **Ausschuss** verfährt entsprechend.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Abgeordnetenhaus solle die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1233 empfohlen werden. Ferner werde Dringlichkeit empfohlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/1052 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse in Berliner Landesrecht**	1171 Haupt

Dr. Kristin Brinker (AfD) äußert die Einschätzung, dass die Schuldenbremse die Abgeordneten auch in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen werde. In diesem Zusammenhang wolle sie daran erinnern, dass die Schuldenbremse auf Bundes- und Landesebene nicht als Selbstzweck festgeschrieben worden sei, sondern im Ergebnis der Staatsschulden- und Eurokrise in den 2000er-Jahren. Tragfähige Staatsfinanzen stellten eine notwendige Voraussetzung für eine wertstabile Währung dar. Aus diesem Grund sei im Kontext der Einführung des Euro auch der Stabilitäts- und Wachstumspakt geschlossen worden, der die Einhaltung der Maastricht-Kriterien zur Grundlage habe und dazu gedacht gewesen sei, für einen stabilen Euro zu sorgen. Bedauerlicherweise sei der Pakt nicht wie vereinbart gehalten worden. In der Folge sei es zur Eurokrise gekommen. Um Derartiges für die Zukunft zu vermeiden, sei der Europäische Fiskalpakt auf den Weg gebracht worden. Bei der Schuldenbremse handele es sich um die Umsetzung dieses Pakts.

Die immer mehr zu beobachtenden Versuche, die Schuldenbremse auszuhöhlen, führten letztlich zu einer Aushöhlung des Euro. Das sei gefährlich. Wenn weiter so gehandelt werde, lüde man die südeuropäischen Staaten ein, dem Beispiel Berlins zu folgen und den Wohlstand hierzulande endgültig der Inflation preiszugeben. Das könne nicht das Ziel sein. Letzten Endes sei es nicht nur eine Berliner Frage, sondern eine deutsche und europäische Frage, wie mit den Themen Euro und Schulden künftig umgegangen werden solle. Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion ziele darauf ab, die Extrahaushalte in die Schuldenbremse mit einzubeziehen, da sich das Land Berlin, wie sie – Rednerin – in der Anhörung zu Beginn der Sitzung erläutert habe, auf vielen Ebenen massiv verschulde, was gefährliche Folgen für Berlin, Deutschland und Europa zeitigen könne. Sie bitte um Zustimmung. Im Übrigen verweise sie auf den Kommentar in der heutigen Ausgabe der „Welt“ aus der Feder von deren Chefökonomin Dorothea Siems unter der Überschrift „Schuldenbremse austricksen? Die Ausgabensucht der Politiker ist brandgefährlich“. Inhaltlich gehe es in dem Artikel genau um das, wovor ihre Fraktion warnen wolle.

Der **Ausschuss** beschließt, dass dem Abgeordnetenhaus die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1052 empfohlen werde.

Punkt 6 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1210 **Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2022 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung und für die Bezirke**	1174 Haupt

Der **Ausschuss** beschließt ohne Aussprache, dem Abgeordnetenhaus möge die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1210 empfohlen werden. Außerdem werde Dringlichkeit empfohlen.

Justiz und Verbraucherschutz – 06

Punkt 7 der Tagesordnung

Austauschfassung zur roten Nummer 1220 Schreiben SenJustV – GJPA A 7 - **Elektronische Klausuren in der juristischen Staatsprüfung** **hier: Mittelumschichtung** **Antrag auf Zustimmung gemäß § 10 Abs. 3 HHG 22/23**	1220-1 Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, vor dem Hintergrund der Ausführungen im Schreiben von SenJustV bitte er die Staatssekretärin, in einem Folgebericht mitzuteilen, wann das Konzept der „Studie / Soziale und diskriminierende Faktoren (intersektional) in der juristischen Ausbildung, außerdem Entwicklung des Blended-Learning im Rahmen der kooperativen Arbeit im bundesweiten Netzwerk der juristischen Prüfungsämter“ aus dem Titel 54010 – Dienstleistungen – im Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt – fertig sei und die Bearbeitung starten könne. – Der Staatssekretärin und allen, die die juristische Staatsprüfung ablegten, wünsche seine Fraktion gutes Gelingen. Mit dem digitalen Examen nehme Berlin eine Vorreiterrolle ein.

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) bekundet, der gewünschte Bericht werde vorgelegt. Hinsichtlich des Zeitpunkts melde sich ihre Verwaltung zu gegebener Zeit, wenn das recht sei; sie könne ihn im Augenblick nicht näher bestimmen.

Vorsitzender Stephan Schmidt macht geltend, dass der Zeitpunkt bereits jetzt festzulegen sei. Erscheine es realistisch, ihn auf „bis Jahresende“ festzusetzen?

Staatssekretärin Esther Uleer (SenJustV) bejaht dies. – Im Übrigen danke sie dem Abgeordneten Schlüsselburg für die Wünsche. Der erste Durchlauf für das Zweite Staatsexamen stehe im Dezember an. In der Tat sei Berlin hierbei Vorreiter.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1220-1 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 8 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – IV E 5 – vom 26.10.2023 **Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO (analog zu § 12a Abs. 3 Satz 2 HG 20/21) zur institutionellen Förderung des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung in der Charité (BIH)**	1228 Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erkundigt sich, ob die an sich nachvollziehbar erläuterte Entnahme von Mitteln aus der Rücklage Auswirkungen auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf, in den eine Reihe von Rücklagen eingeflossen seien, habe. Führe das zu Verwerfungen?

Staatssekretärin Ellen Haußdörfer (SenWGP) bekräftigt, Verwerfungen seien nicht zu befürchten, zumal das Schreiben wie auch der Haushaltsentwurf mit SenFin abgestimmt worden seien. Im konkreten Fall handele es sich um noch bestehende Mittelreste aus dem Jahr 2021 in Höhe von rund 6,3 Mio. Euro, die zur Deckung der unter anderem 2023 entstandenen Mehrbedarfe zur Verfügung gestellt würden. Andernfalls käme es zu Leistungseinschränkungen im Kontext des Berliner Instituts für Gesundheitsforschung – BIH – in der Charité. Ihr Haus habe sich bemüht, das so darzustellen, dass es für das Parlament und andere Interessierte gut nachzuvollziehen sei, woher die Mittel stammten.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1228 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bildung, Jugend und Familie – 10

Punkt 9 der Tagesordnung

Schreiben SenBJF – II G 9 – vom 30.10.2023 **Auftragsvergabe für eine Machbarkeitsstudie zur Modernisierung des IT-Fachverfahrens an Berliner Volkshochschulen** **hier: Zustimmung** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1234 Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) erklärt, dass das Schreiben zustimmungswürdig sei, sie aber die Gelegenheit nutzen wolle, um zu fragen, wie sich das Urteil des Bundessozialgerichts zur Festanstellung von Musikschullehrkräften auf die Volkshochschulen auswirken werde und wie in den Bezirken damit umgegangen werden solle.

Stefan Ziller (GRÜNE) merkt an, auch er nutze das Schreiben für eine Frage. Die Digitalisierung der Volkshochschulen sei richtig. Könnten die Volkshochschulen demnächst Rechnungen per E-Mail versenden? Sei das Teil des Systems, oder werde dafür ein Basisdienst von der IKT-Steuerung benötigt? Bürgerinnen und Bürgern hätten ihm gegenüber den Wunsch geäußert, dass auf Papier verzichtet werde, und berichtet, dass dies in der Praxis schwierig sei.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) antwortet seinem Vorredner, die Machbarkeitsstudie solle extern erstellt werden, damit die im Land Berlin bestehenden Rahmenbedingungen mit den Vorgaben der IKT-Steuerung, mit der Anbindung an die E-Government-Strategie berücksichtigt würden. Der Senat wolle bürgerserviceorientiert denken. Das betreffe auch die Rechnungslegung. Im Bereich der Volkshochschulen gebe es die edukative IT-Welt und die administrative IT-Welt. Insbesondere hinsichtlich des Verwaltungsbereichs, zu der die Rechnungslegung gehöre, solle das Ganze zur E-Government-Strategie passen, einschließlich der Schnittstellen zu den Basisdiensten. Die Modernisierung des IT-Fachverfahrens sei allerdings nicht eine Regelaufgabe von SenBJF, sondern werde von Zeit zu Zeit im Rahmen der E-Government-Strategie mithilfe externer Expertise angegangen.

Der Abgeordneten Dr. Schmidt antworte er, dass seine Verwaltung noch dabei sei, das Urteil des Bundessozialgerichts auszuwerten. Das Urteil markiere eine Veränderung der Rechtsprechung im Vergleich zur Vergangenheit, zumal es sowohl Musik- als auch Volkshochschulen betreffe. Er könne noch nicht sagen, in welche Richtung die Auswertung des Urteils gehe. Im Übrigen sei nicht nur Berlin davon betroffen.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1234 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 10 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – V C 1 – vom 05.10.2023 1183
Antrag auf Zustimmung zur Abweichung von dem Regelverfahren für die beschleunigte Errichtung von „Schulergänzungsbauten in Modulbauweise-flex“ Haupt

Steffen Zillich (LINKE) äußert, dass er eine Reihe von Fragen zu der vorgeschlagenen Bewirtschaftung eines noch einzurichtenden Sammeltitels habe. Sinnvoll erscheine es ihm, dass man versuche, über die Erarbeitung eines Amtsentwurfs einen flexiblen Entwurf – es gehe hier um flexible Modulbauweise – zu erstellen, der höchstwahrscheinlich im Rahmen einer Ausschreibung vergeben werde und der nur noch standortbezogen angepasst werde müsse, was verständlicherweise Planungsleistungen erfordere.

Als Erstes wolle er wissen, in welcher Form die Auswahl der Standorte erfolge. Damit hänge die Frage zusammen, wie die Steuerung der Haushaltsmittel für bestimmte Standorte vorgenommen werde. Er gehe nicht davon aus, dass etwa nur drei Standorte geplant seien, und mit dem Geld und in der Zeit würden genau drei Standorte geschaffen; in dem Fall gäbe es keine Konkurrenz bezüglich Zeit und Budget.

Seine zweite Frage beziehe sich auf die Erstellung von Bauplanungsunterlagen – BPU – für den Typen- bzw. Amtsentwurf. Es spreche nichts dagegen, dass die BPU insoweit entsprechend dem normalen Verfahren dem Hauptausschuss vorgelegt würden. Das seien zwar nicht die gesamten BPU für die einzelne Maßnahme, denn hinzu komme noch eine Anpassungsplanung, doch der Hauptausschuss wüsste dann schon einmal, was der Amtsentwurf koste. Jene Annäherung an das normale Verfahren bei Investitionsmaßnahmen erscheine ihm sinnvoll, obgleich, da es sich um einen Sammeltitel handele, dies nicht die Veranschlagungsvoraussetzung sei.

Als Drittes stelle sich die Frage, wie sich der Zeitplan für die Erstellung des Amtsentwurfs bis hin zur Ausschreibung und Vergabe gestalte. Zeitlich sei das der Punkt, an dem die Verpflichtungsermächtigung – 10 Mio. Euro für das Jahr 2025 – benötigt werde. Treffe es zu, dass das vorher nicht gemacht werden müsse?

Die vierte Frage sei, inwieweit Veränderungen der Bedarfe, Abweichungen vom Bedarfsprogramm nach § 24 Absatz 5 LHO nach wie vor vorlagepflichtig seien.

Staatssekretär Stephan Machulik (SenStadt) schickt seinen Ausführungen voraus, dass SenStadt zu dem erfolgreichen Modell der Modularen Ergänzungsbauten – MEB – für Schulen einen Weg suche, um auf den Flächen von Bestandsschulen noch optimierter etwas anzubieten, und zwar in den Flexiblen Schulergänzungsbauten in Modulbauweise – MEB-flex –. Zum einen wachse die Zahl der Schülerinnen und Schüler, zum anderen stünden immer weniger Flächen zur Verfügung, die für den Schulbau genutzt werden könnten.

Seine Verwaltung wolle nach aktuellem Stand vier unterschiedliche Module – MEB-flex Mini, MEB-flex Basis, MEB-flex Filiale, MEB-flex GE 12 –, die dann als Ergänzung hergestellt werden sollten, prüfen und entsprechende Typenvor- und Typenbauplanungsunterlagen erstellen lassen. Die Unterschiede der einzelnen Ergänzungsbauten bestünden darin, wie Ein- oder Zweizügigkeit sichergestellt, Funktionsräume ausgestattet oder Mehrzweckbereiche realisiert werden könnten. Das Geld werde für die Planung benötigt, die in der 47. Kalenderwoche ausgeschrieben werden solle. Insofern dränge die Zeit. Ziel sei es, die Baumittel für das dritte Quartal 2026 in Anspruch zu nehmen. Dies übernähmen dann ein Generalplaner und ein Generalunternehmer.

SenStadt strebe an, mit dem Geld sechs bis zwölf Standorte durch die vier unterschiedlichen Ergänzungsbauten zu erweitern. SenBJF habe seinem Haus 13 potenzielle Standorte von Bestandsschulen gemeldet; an denen orientiere sich SenStadt nun. Flexibilität sei nicht nur an den Standorten und in der gesamten Struktur des Moduls vonnöten, sondern es bestehe auch die Notwendigkeit der Prüfung, inwiefern andere Rechte – Stichwort: Denkmalschutz – betroffen seien. Es müsse geschaut werden, inwiefern seine Verwaltung das einfließen lasse in eine Außenfassade, die gegebenenfalls angepasst sein müsse, oder ob ein Standort sich nicht mehr für die Ergänzung durch einen seriellen Bau eigne.

Wenn das Abgeordnetenhaus Informationsrechte einfordere, werde sich SenStadt nicht weigern, diese zu gewährleisten. Es stelle sich nur die Frage, inwiefern der kleine Umweg – „dieser Schlenker“ – verhindert werden könne, indem die Abgeordneten wie in der Vergangenheit der Senatsverwaltung vertrauten, dass sie gerade in Bereichen wie dem in Rede stehenden offen und transparent agiere, sodass ein oder zwei Vorlagen an den Hauptausschuss vermieden werden könnten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt nach, mit welchem Geld SenStadt die Planungsleistung in der 47. Kalenderwoche vergeben wolle. Im Haushaltsplanentwurf seien die ersten 10 Mio. Euro erst für 2025 eingeplant. Würden Bauvorbereitungsmittel für die Finanzierung herangezogen?

Staatssekretär Stephan Machulik (SenStadt) signalisiert, das sei der Fall.

Steffen Zillich (LINKE) bittet zusätzlich um Bestätigung, dass es SenStadt, abgesehen von den Bauvorbereitungsmitteln, ausreiche, die Mittel erst im Jahr 2025 zur Verfügung zu haben; das sei die Veranschlagung. – Bei allem Vertrauen halte er es für angemessen, dass, wie es bei den Modularen Unterkünften für Flüchtlinge – MUFs – gehandhabt worden sei, der Senat in dem Moment, in dem der Amtsentwurf vorliege und die Grundlage, bevor man in die Ausschreibung gehe, sei, die BPU und den Amtsentwurf beschreibend, auch mit der entsprechenden Kostenschätzung versehen, dem Hauptausschuss vorlege. Das formuliere er zugleich als Berichtsbitte.

Habe er es darüber hinaus richtig verstanden, dass es sich bei den vier genannten Varianten um Module <u>eines</u> Amtsentwurfs handele? Oder stellten das vier verschiedene Grundlagen für Amtsentwürfe dar?

Staatssekretär Stephan Machulik (SenStadt) erklärt, er könne bestätigen, dass die Mittel wie geplant bis 2025 reichten. Zudem werde seine Verwaltung einen Weg finden, dass das Abgeordnetenhaus in Form der klassischen BPUs informiert und keine Bedenken mehr haben

werde. Es sei kein großes Problem für SenStadt, das im Vorfeld zur Verfügung zu stellen beziehungsweise es in den Ausschüssen zu präsentieren.

Andrea Schich (SenStadt) hebt ergänzend hervor, dass ihr Haus nicht vorhabe, einen Entwurf zu fertigen, der alle möglichen schulischen Nutzungsformen abdecken könne. Vielmehr würden es vier Typen und entsprechend vier Typen-VPUs und später Typen-BPUs werden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1183 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Steffen Zillich (LINKE) bringt vor, er wolle noch den Berichtsauftrag sichern.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, dass der Berichtsauftrag vermerkt sei.

[Sitzungsunterbrechung von 14.54 Uhr bis 15.35 Uhr]

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2024/2025 (2. Lesung)

Punkt 11 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1100 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025 – HG 24/25)**	1100 Haupt(f)

Mitberaten werden:

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **IKT-Titelliste 2024/2025**	1100 A Haupt
b)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt
c)	Bericht SenFin – II LGH – vom 05.06.2023 **Gender Budgeting** **hier: konzeptionelle Weiterentwicklung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 Haupt
d)	Bericht SenFin – LGH – vom 01.08.2023 **Gender Budgeting** **hier: Umsetzung** gemäß Auflage A. 10 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1029 A Haupt

d1)	Mitteilung – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1123 **Entwicklung eines Gesamtkonzepts „Gender Budgeting Controlling“** **Drucksache 19/0400 – Bericht zu Auflagen –Teil 10c** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1029 B Haupt
e)	Bericht RBm – Skzl – III A 3 – vom 23.08.2023 **Aktuelle hauptstadtbedingte Ausgaben** gemäß Auflage A. 12 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	1112 Haupt
f1)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 23.02.2023 **Bericht aller öffentlichen Auftragsvergaben von Gutachten und Beratungsdienstleistungsaufträgen 2. Halbjahr 2022** gemäß Auflage A. 18 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 A Haupt Vertrauliche Beratung
f2)	Vertraulicher Bericht SenFin – II B 23 – vom 18.09.2023 **Bericht aller in Auftrag gegebenen Gutachten und Beratungsdienstleistungen gemäß Auflage A Nr. 18 zum Haushalt 2022/2023** **Bericht zum 30.09.2023** gemäß Auflage A. 6 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0511 E Haupt Vertrauliche Beratung
g)	Bericht SenFin – II D 24 – vom 15.08.2023 **Kosten für Migration und Fluchtunterbringung** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	1123 Haupt
h)	Bericht SenFin – II B – vom 30.08.2023 **Vorläufiger Jahresabschluss 2022** **hier: Rücklagen und Sondervermögen** (Berichtsaufträge aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023 und aus der 38. Sitzung vom 21.06.2023)	0832 C Haupt

i)	Austauschfassung zur roten Nummer 0932 A: Bericht SenFin – II LIP 6 – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** gemäß § 5 Satz 3 und 4 SIWA ErrichtungsG	0932 A-1 Haupt
j1)	Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 06.09.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 B Haupt
j2)	2. Zwischenbericht SenFin – II LIP – vom 04.10.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 D Haupt
j3)	Bericht SenFin – II LIP 1 – vom 17.10.2023 **Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen des Sondervermögens Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA) zum 31.12.2022** **hier: Veranschlagte Ausgaben, die zukünftig über SIWA finanziert werden** (Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)	0932 E Haupt
k)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1187 **Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027** (überwiesen zur Besprechung gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs)	1150 Haupt
l)	Bericht Senat von Berlin – Fin II B – vom 19.09.2023 **Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023** gemäß Auflage B. 121 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23	0495 C Haupt

m)	Bericht SenFin – IV A – vom 18.10.2023 **Personalaufwüchse, Umstrukturierungen sowie Stellenbesetzungen und unbesetzte Stellen in der Berliner Verwaltung** (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	1184 Haupt
n)	Bericht SenFin – IV A 22 – vom 18.10.2023 **Ausstattung der Leitungsbereiche der Senatsverwaltungen** (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	0977 F Haupt
o)	Vorlage – zur Kenntnisnahme – Drucksache 19/1240 **Bericht zum klimagerechten Haushalten (Hauptverwaltung)** (überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)	1205 Haupt
p)	Bericht SenFin – II B 24 – vom 09.10.2023 **Bericht über die Summe der niedergeschlagenen Forderungen** gemäß Auflage B. 129 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 (in der 47. Sitzung am 18.10.2023 über die Konsensliste zur 2. Lesung des Einzelplans 15 zurückgestellt)	0562 A Haupt
q)	Bericht SenInnSport – III E 22 – vom 24.10.2023 **Entwicklung des gesamten Fuhrparks unter Berücksichtigung ökologischer Wirksamkeit** gemäß Auflage B. 25 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme	0902 B Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt macht darauf aufmerksam, dass die übergreifenden Vorlagen unter den Punkten m bis q neu zu dieser Sitzung zugeleitet worden seien. Er schlage vor, dass auch diese Vorlagen mitliefen. Sie könnten bei Bedarf in den zweiten Lesungen der betreffenden Einzelpläne angesprochen werden.

Der **Ausschuss** kommt überein, dass so verfahren werde.

Einzelplan 01 – Abgeordnetenhaus –

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum 1100 AF
Einzelplan 01 Haupt
Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 und 2
sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die AfD-Fraktion ihre Änderungsanträge vorweg nicht zu begründen wünsche.

Kapitel 0100 – Abgeordnetenhaus –

Übergreifend mitberaten wird:

a) Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Kostensteigerungen (S. 2-5)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

b) Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **II. Mehrbedarf für den Einzelplan 01 (S. 17-20)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt – unter a – den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Kostensteigerungen und – unter b – den Bericht rote Nr. 1255 betreffend II. Mehrbedarf für den Einzelplan 01 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Gender-Budgeting

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Gender-Budgeting (S. 5)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Gender-Budgeting ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 12406 – Mieten für Stellplätze auf Dienstgrundstücken –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Fahrradstellplätze (S. 5)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Fahrradstellplätze ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 41101 – Aufwendungen für Abgeordnete –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Kostenerstattung für die Anschaffung mobiler Endgeräte (S. 6)**
I. Kostenerstattung für Mitarbeitende der MdA (S. 6)
I. Sicherungsmaßnahmen (S. 7)
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Kostenerstattung für die Anschaffung mobiler Endgeräte, I. Kostenerstattung für Mitarbeitende der MdA, I. Sicherungsmaßnahmen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Bereich Aufwendungen für Mitarbeitende

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Stellenhebungen und neue Stellen (S. 7)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Stellenhebungen und neue Stellen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 41103 – Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten (S. 8)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Versorgungsbezüge der ehemaligen Abgeordneten ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Prämien für besondere Leistungen (S. 8)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Prämien für besondere Leistungen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Geschäftsbedarf (S. 8/9)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Geschäftsbedarf ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51140 – Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände (S. 9)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51408 – Dienst- und Schutzkleidung –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Dienst- und Schutzkleidung (S. 9)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Dienst- und Schutzkleidung ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Bewirtschaftungsausgaben (S. 10)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Bewirtschaftungsausgaben ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51900 – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: **I. Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen (S. 10/11)** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1255 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52906 – Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: **I. Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege (S. 11)** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1255 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: **I. Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (S. 11)** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1255 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Empfänge, Feierlichkeiten (S. 12/13)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Empfänge, Feierlichkeiten ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 63610 – Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger (S. 13/14)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Ersatz von Ausgaben an Sozialversicherungsträger ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 70104 – Maßnahmen zur Verbesserung des Wärme- und Kälteschutzes –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 — 1255 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
hier: **I. Maßnahmen zur Verbesserung des Wärme- und Kälteschutzes (S. 14/15)**
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Maßnahmen zur Verbesserung des Wärme- und Kälteschutzes ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 70105 – Einbau von RLT-Anlagen in die Sitzungssäle 311 und 376 –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 01** — 1100 AF Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 AF – ohne Aussprache ab.

Titel 70106 – Neugestaltung des Außengeländes auf der Westseite –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: **I. Neugestaltung des Außengeländes auf der Westseite (S. 15)** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1255 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Neugestaltung des Außengeländes auf der Westseite ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 81279 – Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: **I. Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen (S. 15/16)** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1255 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 01** hier: lfd. Nr. 2	1100 AF Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion – rote Nr. 1100 AF – ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 01.11.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: **I. Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (S. 16/17)** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1255 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1255 betreffend I. Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 01 – Abgeordnetenhaus – damit beendet sei. Die Restelesung finde in der Sitzung am 29. November 2023 statt.

Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof –

Kapitel 0200 – Verfassungsgerichtshof –

Mitberaten wird:

Bericht Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin vom 12.10.2023 **Beantwortung der Fragen zum Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof** hier: I. Arbeitsplatzsituation (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1181 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1181 betreffend I. Arbeitsplatzsituation ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 41204 – Entschädigungen der ehrenamtlichen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter –

Mitberaten wird:

Bericht Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin vom 12.10.2023 **Beantwortung der Fragen zum Einzelplan 02 – Verfassungsgerichtshof** hier: II. Titel 41204 - Entschädigungen der ehrenamtlichen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1181 Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) erklärt, er danke dem Verfassungsgerichtshof für die aussagekräftige Beantwortung der Berichtsbitten, insbesondere der in Rede stehenden. Die Abgeordneten hätten nun einen guten Überblick über die Systematik der Schwestergerichte er-

halten, die seine Fraktion näher betrachten und aus denen sie ggf. Schlussfolgerungen ziehen werde. Interessant erschienen die unterschiedlichen Systematiken, die sicherlich historisch gewachsen seien. Einige ähnelten der Berliner Regelung, andere orientierten sich an den Abgeordnetenentschädigungen, wieder andere arbeiteten mit Sitzungsgeldern. Als überraschend habe er empfunden, dass sich keines der Landesverfassungsgerichte an der R-Besoldung, etwa in Kombination mit einem prozentualen Abschlag, orientiere, was bei Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichtern aus Statusgründen denkbar erschiene.

Simone Köhler (Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin; Geschäftsleiterin) bekundet, sie habe keine neue Frage vernommen. Überdies sei der Verfassungsgerichtshof teilweise selbst überrascht gewesen über das Ergebnis der Erhebungen. Insofern habe es sich gelohnt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht rote Nr. 1181 betreffend II. Titel 41204 - Entschädigungen der ehrenamtlichen Verfassungsrichterinnen und Verfassungsrichter zur Kenntnis genommen und die zweite Lesung des Einzelplans 02 – Verfassungsgerichtshof – damit beendet sei. Die Restelesung finde in der Sitzung am 29. November 2023 statt.

Einzelplan 20 – Rechnungshof –
(auf Antrag der Fraktion Die Linke zur 2. Lesung zurückgestellt)

Kapitel 2000 – Rechnungshof –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin – ZSA – vom 31.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Frauenförderplan und Onboarding-Prozess (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1256 Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert gegenüber dem Rechnungshof zunächst seinen Dank für die Zurverfügungstellung des Frauenförderplans und die gut zu lesenden generellen Ausführungen. – In dem Bericht fänden sich keine Angaben zu der eigentlich alle zwei Jahre abzuhaltenden Gleichstellungskonferenz, in der der Frauenförderplan durch Anlagen ergänzt werden solle, beziehungsweise habe er die Anlagen nicht gesehen. Möglicherweise habe die Konferenz aufgrund der Coronapandemie nicht stattfinden können. Wie gestalteten sich die diesbezüglichen Planungen des Rechnungshofs bis zum Gültigkeitsende des aktuellen Frauenförderplans? Den pflichtgemäßen Bericht zum Landesgleichstellungsgesetz – LGG – habe der Rechnungshof dagegen beigefügt.

Zu dem Hinweis in dem Bericht hinsichtlich der genderpolitischen Analyse der Beschäftigtenstruktur, dass die Differenz bei den Durchschnittseinkommen sowohl bei den Führungskräften als auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch durch den hohen Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen zu erklären sei – diese Begründung werde an vielen Stellen angeführt –, wolle er anmerken, dass SenFin für den Einzelplan 15 – Finanzen – dankenswerterweise klargestellt habe, dass stets Vollzeitäquivalente – VZÄ – herange-

zogen werden sollten, damit die Aussagekraft nicht durch unterschiedliche Stundenzahlen, sprich Teilzeit, abgeschwächt werde. Vor diesem Hintergrund bitte er mit Blick auf den nächsten Haushalt darum, dass der Rechnungshof eine in diesem Sinne einheitliche Darstellung anhand der VZÄ aufliefere. Es wäre interessant zu wissen, wie sich das auswirke und ob der Gender-Pay-Gap, der hier festzustellen sei, sich verringere oder sogar gänzlich verschwinde.

Karin Klingen (Rechnungshof; Präsidentin) schildert, dass der aktuelle Frauenförderplan den Zeitraum von 2019 bis 2025 umfasse. Nach erfolgter Abstimmung mit SenASGIVA habe der Rechnungshof die Aktualisierung durch die Meldungen zum LGG-Bericht jeweils leisten können. Die Gleichstellungskonferenz sei in der Tat aufgrund der Coronapandemie ausgefallen. Ihr Haus habe aber den festen Willen, die Konferenz, die wichtig sei, nachzuholen.

Den Hinweis bezüglich der VZÄ habe die Abgeordnete Dr. Schmidt bereits während der ersten Lesung im Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft gegeben. Daraufhin habe der Rechnungshof seine Vorlage aktualisiert. In der neuen Fassung für die zweite Lesung im genannten Unterausschuss seien die VZÄ ausgewiesen. Er danke Frau Dr. Schmidt und Herrn Walter, da sie auf einen richtigen Punkt hingewiesen hätten.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass der Bericht rote Nr. 1256 betreffend Frauenförderplan und Onboarding-Prozess damit zur Kenntnis genommen sei.

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin – ZSA – vom 31.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Titel 42801 (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1256 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1256 betreffend Titel 42801 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Mitberaten wird:

Bericht der Präsidentin des Rechnungshofs von Berlin – ZSA – vom 31.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Titel 54002 (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1256 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1256 betreffend Titel 54002 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt konstatiert, dass die zweite Lesung des Einzelplans 20 – Rechnungshof – damit beendet sei. Die Restelesung finde in der Sitzung am 29. November 2023 statt.

Einzelplan 21 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit

Kapitel 2100 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit –

Mitberaten wird:

Bericht SenFin – II E 24 – vom 18.10.2023 **Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit** **hier: Mittel für die Aufgabenerweiterung als Servicedienstleiter** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1190 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1190 betreffend Mittel für die Aufgabenerweiterung als Servicedienstleiter ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11201 – Geldstrafen, Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgelder –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 25.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 1: Titel 11201 (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1229 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1229 betreffend Bericht 1: Titel 11201 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51160 – Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 25.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 2: Titel 51160 (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1229 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1229 betreffend Bericht 2: Titel 51160 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 2101 – Beauftragte/Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) –

Titel 68169 – Besondere Entschädigungen und Ausgleichszahlungen –

Mitberaten wird:

Bericht Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 17.10.2023 **Beauftragte / Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)** **hier: Härtefallfonds** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1192 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1192 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 21 – Beauftragte/Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit – damit beendet sei. Die Restelesung finde in der Sitzung am 29. November 2023 statt.

Einzelplan 22 – Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin –
(auf Antrag der Fraktion der SPD zur 2. Lesung zurückgestellt)

Kapitel 2200 – Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin

Mitberaten wird:

Bericht Bürger- und Polizeibeauftragte des Landes Berlin vom 02.11.2023 — 1263 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses
(Berichtsauftrag aus der 43. Sitzung vom 29.09.2023)

Sebastian Walter (GRÜNE) äußert eingangs seinen Dank für den Bericht und dafür, dass Herr Dr. Oerke es zur zweiten Lesung habe einrichten können. – Hinsichtlich der einzustellenden Personen sei ihm nicht ganz klar, über welche Erfahrungen bzw. Qualifikationen diese verfügen sollten. Er lese vor allem Verwaltungserfahrung heraus. Sei das der Kern, oder würden besondere inhaltliche oder fachliche Schwerpunkte bei der Auswahl, insbesondere hinsichtlich des weiteren Personalaufwuchses und des Aufbaus der Teilbereiche, gesetzt? Überdies habe er nicht herauslesen können, dass speziell Personen mit juristischer Expertise gesucht würden; dies wäre bei Beratungen sinnvoll. Sei geplant, zusätzlich zum Leiter der Behörde weitere Personen für die Rechtsberatung zu suchen? Stelle die von den Bewerberinnen und Bewerbern geforderte, im Bericht erwähnte „besondere Kommunikations-, Konflikt- bzw. Mediationsfähigkeit“ eine allgemeine Anforderung dar, oder ziele das auf spezielle Ausbildungen oder Qualifikationen ab? – Für die letzte Sitzung vor der Sommerpause bitte er um einen Folgebericht zum Fortgang der Stellenbesetzungen samt jeweiligem Aufgabenprofil.

Dr. Alexander Oerke (Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin) unterstreicht, dass die Behörde komplett neu sei. Es existierten keinerlei fachlichen Vorgaben, die irgendwo abgeschrieben werden könnten. Grundsätzlich fänden die Ausschreibungen auf der Basis von Artikel 33 Grundgesetz – Stichwort: Bestenauslese – statt. Hinzu kämen Kriterien, die in den ersten Monaten praktisch als Erfahrungswerte hätten gewonnen werden können. In Anlehnung an ihre Bezeichnung gliedere sich die Behörde in zwei Bereiche: den Bürgerbereich und den Polizeibereich. Ersterer werde zurzeit von einer einzelnen Person mit A 11 bedient, die zuvor als bezirkliche Konfliktberaterin gearbeitet habe und ausgebildete Mediatorin und Trainerin sei. Das sei für ihn der Grund gewesen, diese Person einzustellen; sie decke zunächst einmal alles ab. Bei einem weiteren Zuwachs des Geschäftsaufkommens bestehe die Notwendigkeit einer Differenzierung. Im Bürgerbereich fehle außerdem noch die Funktion, die einem Referatsleiter gleichkomme. Es sei kein Jurist zu bekommen, der den kompletten Bereich abdecke und zuständig für alle Behörden des Landes Berlin und die Polizei sei. Daraus resultiere das Erfordernis einer gewissen Spezialisierung, egal, wer eingestellt werde. Er habe noch abwarten wollen, wo sich die Schwerpunkte der Beschwerden bildeten. Mittlerweile zeichne sich ein solcher Schwerpunkt bei den sozialen Leistungen – Grundsicherung, Wohngeld – ab. Dafür werde seine Behörde sicher Know-how suchen.

Momentan sei es jedoch so, dass fast jeder, der da sei, alles mache, was bei wenigen Leuten normal sei. Er erinnere daran, dass er erst seit dem 23. Februar 2023 Einstellungen habe vornehmen können. Daran gemessen sei es durchaus ein Erfolg, bis zum Jahresende acht Personen zu haben, die das Geschäft – auch in der Breite – abdeckten.

Noch in diesem Jahr werde eine weitere Stelle für den Bürgerbereich ausgeschrieben werden. Bei dieser Ausschreibung finde keine besondere Hervorhebung des Schwerpunkts Mediation statt. Es gehe darum, dass die zu suchende Person möglichst viele Bereiche der Berliner Ver-

waltung schon kenne. – Die Einarbeitung, die auch für die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch nötig sei, funktioniere recht gut. Die meisten Probleme bestünden im Generellen, im Verfahren. Das bedeute, die Verwaltung antworte nicht, niemand gehe ans Telefon, die Bürger wüssten nicht darüber Bescheid, wie ihre Verfahren liefen. An diesen Punkten könne seine Behörde schnell helfen, ohne allzu tief ins Materielle hineingehen zu müssen.

Bisher habe er von der Einstellung von Juristen Abstand genommen, da er selbst den Bereich des Verwaltungsrechts, speziell des Verwaltungspolizeirechts abdecke. Das funktioniere noch sehr gut. Wenn aber die Anzahl der Verfahren die 400 in diesem Jahr übersteigen werde, schaffe er das nicht mehr; dann sei die Einstellung eines weiteren Juristen vonnöten. – Er bitte darum, ihm und seiner Behörde Zeit zu geben. In weniger als vier Monaten sei unter Berücksichtigung der Ausschreibungszeit kein Personal zu bekommen. Es dauere vielmehr sehr lang. – Im Folgebericht werde er gern darauf eingehen.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet seinen Vorredner zu beachten, dass er ihn nicht kritisiert habe, in dem Sinne, dass es nicht schnell genug gehe. Dafür habe er Verständnis angesichts der Genese der Behörde. Ihn interessierten vielmehr Fragen wie die, auf welche Art und Weise die Einstellungen erfolgten. Als schlüssig empfinde er die Aussage, dass zunächst analysiert werden solle, wie sich das Geschäftsaufkommen in den unterschiedlichen Bereichen entwickle, und dann personelle Verstärkungen vorgenommen würden. Für ein entsprechendes Update vor der Sommerpause zu der weiteren Entwicklung wäre er dankbar.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Berichtswunsch vermerkt, der Bericht rote Nr. 1263 zur Kenntnis genommen und die zweite Lesung des Einzelplans 22 – Bürger- und Polizeibeauftragte/Bürger- und Polizeibeauftragter des Landes Berlin – damit beendet sei. Die Restelesung finde in der Sitzung am 29. November 2023 statt.

Einzelplan 15 – Finanzen

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 13 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 AG Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die AfD-Fraktion ihre Änderungsanträge vorweg nicht zu begründen wünsche.

Übergreifend mitberaten wird:

a)	Bericht SenFin – ZS B 19 / MP 4 – vom 29.03.2023 **Erreichung von Prozessoptimierungen, Ablaufbeschleunigungen und -vereinfachungen sowie Umsetzung von Digitalisierungsprojekten** **hier: Senatsverwaltung für Finanzen** gemäß Auflage A. 21 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23 Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme	0944 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0944 ohne Aussprache zur Kenntnis.

b)	Bericht SenFin – II B 2 – vom 19.10.2023 **Statusbericht über die Haushaltslage per 30.06.2023** **hier: Beantwortung der Fragen** (Berichtsauftrag aus der 42. Sitzung vom 27.09.2023) Hinweis: Die Fragen der AfD-Fraktion rote Nummer 0495 C-1 haben sich durch die Beantwortung im Bericht rote Nummer 0495 D erledigt.	0495 D Haupt

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er sei mit der Antwort unzufrieden. Seine Fraktion habe danach gefragt, inwieweit für die im Statusbericht angesprochenen Sachverhalte aus dem konsumtiven Bereich, bei denen es zu Ausgabeüberschreitungen komme, im Haushaltsplanentwurf Vorsorge getroffen worden sei. Überspitzt formuliert laute die Antwort darauf: Es gebe irgendwie eine Vorsorge, es werde aber nicht gesagt, wie diese genau aussehe. Dies verwundere ihn, denn es gebe kein Veranschlagungsgeheimnis. Aus seiner Sicht könnten die Abwägungen bei der Haushaltsplanaufstellung durchaus dargestellt werden. Er bestehe darauf, dass die Frage beantwortet werde, inwieweit für die konsumtiven Sachausgaben, bei denen sich eine Ausgabeüberschreitung abzeichne, Vorsorge getroffen worden sei.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, sie nehme die Kritik mit und sage zu, sich die Fragen unter diesem Blickwinkel noch einmal anzusehen. SenFin sei immer bestrebt, die gestellten Fragen zu beantworten und dem bestehenden Informationsbedürfnis nachzukommen. – Weil immer wieder die Frage nach einer Vorsorge bei den Personalausga-

ben gestellt werde, merke sie an, dass während laufender Tarifverhandlungen keine Auskünfte über eine derartige Vorsorge gegeben würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der erbetene Bericht sei zur Sitzung am 1. Dezember 2023 sei zugesagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0495 D zur Kenntnis.

c) Bericht SenFin – II A 21 – vom 30.10.2023 1254
Ergebnis der Steuerschätzung im Oktober 2023 und Beantwortung der Fragen zu Steuereinnahmen aus der 1. Lesung des Hauptausschusses Haupt
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

André Schulze (GRÜNE) fragt, welche Gründe zu dem deutlichen Rückgang um rund 10 Prozent der Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer geführt hätten. In dem Bericht sei auch die Thematik Öffnungsklausel Grunderwerbsteuer adressiert. Dazu werde ausgeführt, dass es zwischen Bund und Ländern Differenzen gebe und das Thema streitbehaftet sei. Ihn interessiere, mit welcher Position das Land Berlin in die Diskussion gehe.

Zur Thematik Wachstumschancengesetz werde ausgeführt, dass dazu noch Verhandlungen stattfänden. Könne etwas zur zeitlichen Perspektive gesagt werden? – Seien bereits finanzielle Auswirkungen aufgrund der in dieser Woche stattgefundenen Ministerpräsidentenkonferenz – MPK – absehbar?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die Frage nach der Einfuhrumsatzsteuer werde schriftlich beantwortet. Meistens habe ein derartiges Delta mit Exporten zu tun. Die Steuer selbst werde von den Zollbehörden verwaltet. – Zur Grunderwerbsteuer: Zur Öffnungsklausel liege bislang lediglich ein Diskussions-, aber noch kein Referentenentwurf vor. Die Öffnungsklausel könnte Auswirkungen auf den Länderfinanzausgleich haben. Deshalb könne das Land Berlin erst eine Position einnehmen, wenn der Bund ein konkretes Modell vorschlage. – Das Wachstumschancengesetz werde derzeit im Bundestag beraten. Es müsse abgewartet werden, welche Änderungen dort vorgenommen würden. Nach Abschluss der Lesungen im Bundestag werde der Gesetzentwurf dem Bundesrat zugeleitet. Dann müsse sich das Land Berlin eine Meinung bilden, was spätestens in der letzten Sitzung des Bundesrats in diesem Jahr der Fall sei, da das Gesetz zum 1. Januar 2024 in Kraft treten solle. – Die Beschlüsse der MPK müssten erst einmal durchgerechnet werden. Derzeit könne noch nicht gesagt werden, welche konkreten Auswirkungen auf den Haushalt es geben werde.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, zu wann der Ausschuss hinsichtlich der MPK-Beschlüsse mit einer Einschätzung der finanziellen Auswirkungen rechnen könne. – Hinsichtlich der Grunderwerbsteuer interessiere seine Fraktion in Bezug auf die Auseinandersetzungen zur Öffnungsklausel, welche Position das Land Berlin diesbezüglich vertrete. Gebe es eine Einschätzung hinsichtlich eines Zeitplans? Könne in den Haushaltsberatungen noch auf ein mögliches Ergebnis im Zusammenhang mit der Öffnungsklausel reagiert werden?

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bekundet, die Ausführungen zur Grunderwerbsteuer seien aus seiner Sicht zu defensiv. Jüngst sei im Bundesland Hamburg der Hebesatz erhöht worden.

In der Begründung dafür sei nachlesbar, welche graduelle Ausgestaltung der Öffnungsklausel sich das Land Hamburg vorstellen könne. Beispielsweise wünschten sie sich Ermäßigungstatbestände für den kommunalen Wohnungsbau. Seine Fraktion wünsche Auskunft, wie der Berliner Senat dazu stehe, Gespräche mit dem Bund darüber zu führen, Erleichterungen für den kommunalen Wohnungsbau oder für selbst genutztes Wohneigentum für Familien zu erreichen. Er vermute, dass der Senat in den Gesprächen bereits bestimmte Punkte adressiert habe. Falls nicht, würde ihn das überraschen. Er bitte um Auskunft, insbesondere auch zum Zeitplan.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) betont, zum Zeitplan des Bundesfinanzministeriums hinsichtlich der Vorlage eines Gesetzesentwurfs für eine Öffnungsklausel bei der Grunderwerbsteuer könne sie keine Auskunft geben. Es sei derzeit sehr schwierig, einigermaßen belastbare Aussagen des Bundes zu Zeitplänen zu erhalten. Der Senat sei davon ausgegangen, dass schneller ein Gesetzentwurf vorgelegt werde.

In den Richtlinien der Regierungspolitik stehe, dass sich der Senat für eine Öffnungsklausel einsetze. Deshalb seien ihre Ausführungen auch keinesfalls defensiv zu verstehen. Eine Debatte über die konkrete Ausgestaltung einer Öffnungsklausel lohne sich erst, wenn ein Gesetzentwurf vorliege, da die Erfahrungen zeigten, dass der Bund Dinge verändere, obwohl sie anders besprochen seien. Bislang habe das BMF noch nicht mitgeteilt, wann es diesbezüglich tätig werden wolle. Manchmal heiße es, dass die Ausnahmeregelungen für Personengesellschaften weiter bestehen bleiben sollten. Allerdings gebe es divergierende Vorstellungen, in welchem Gesetz dies geregelt werden solle: Mindestbesteuerungsgesetz, Zukunftsfinanzierunggesetz, Wachstumschancengesetz. Sie glaube, dies illustriere sehr gut die Verlässlichkeit der Aussagen des BMF.

Die Berechnungen der Auswirkungen der MPK-Beschlüsse werde „so schnell wie möglich“ erfolgen, wohl wissend, dass die Beschlüsse Auswirkungen auf die Veranschlagungen im Haushalt haben könnten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass die pauschalen Mindereinnahmen zur Thematik Zensus in der Regionalisierung der Steuerschätzung enthalten seien.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt dies. Der Zensus habe ja Auswirkungen auf die Zuweisungen.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, dies bedeute aber, dass mit der Übernahme der Ergebnisse der Steuerschätzung die Notwendigkeit der Einstellung von pauschalen Mindereinnahmen entfalle.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erwidert, diese Vermutung treffe nur für die künftig verminderten Zuweisungen zu, nicht jedoch für Rückzahlungen. Genau auf diese Rückzahlungen beziehe sich die Zensusvorsorge.

Steffen Zillich (LINKE) beharrt, genau diese Unterscheidung sei wichtig, denn es sei beides enthalten: ein Anteil für Rückzahlungen und ein struktureller Anteil. Demnach müssten die pauschalen Mindereinnahmen für die Jahre 2024 und 2025 um den Anteil strukturelle Effekte

vermindert werden, wenn man die Ansätze aus der Regionalisierung der Steuerschätzung übernehme.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, der strukturelle Anteil der Zensusrisikos sei bereits im Haushaltsentwurf eingerechnet. Die Vorsorge für den Zensus, die im Haushaltsplan dargestellt sei, würde für etwaige Rückzahlungen in Anspruch genommen werden, da es Rückwirkungen für das Jahr 2022 geben könnte. Dadurch werde deutlich, dass die Vorsorge im Haushaltsentwurf bestehen bleiben müsse.

Steffen Zillich (LINKE) stellt darauf ab, in Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich – seien für das Jahr 2024 600 Mio. Euro pauschale Minderausgaben ausgewiesen sowie 320 Mio. Euro für das Jahr 2025. Hinzu komme eine Erwartung für das Jahr 2023 in Höhe von knapp 600 Mio. Euro. Wenn die Steuereinnahmen bereits um den Zensuseffekt bereinigt seien, dann müssten die kumulierten 1,5 Mrd. Euro komplett auf den Rückzahlungseffekt entfallen. Könne differenziert werden, in welchem Verhältnis diese pauschalen Mindereinnahmen stünden?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, der fachlich zuständige Mitarbeiter der Senatsfinanzverwaltung werde den Sachverhalt erklärend darstellen.

Christian Bohm (SenFin) führt aus, einerseits gebe es die pauschale Mindereinnahme Zensus, die für das Jahr 2024 mit 600 Mio. Euro und für 2025 mit 310 Mio. Euro angesetzt sei. Im ersten Jahr, also 2024, müsse die Rückzahlung bis zum Beginn des Zensuszeitraums, also bis 2022, gezahlt werden; deshalb sei diese Rate erhöht. Der Anstieg für die Folgejahre liege daran, dass mit bundesweit steigender Finanzmasse die Auswirkung für Berlin immer größer werde.

Auf der anderen Seite seien die Veränderungstableaus zur Steuerschätzung angesprochen worden. In Titel 37201 – Pauschale Mindereinnahmen – seien die Differenzen ausgewiesen, wobei er darauf hinweise, dass an dieser Stelle mehrere Effekte berücksichtigt seien. Für den Nachtragshaushalt 2023 sei die Steuerschätzung aus dem Oktober 2022 maßgeblich gewesen, wobei das Inflationsausgleichsgesetz eine Rolle gespielt habe. Im Haushaltsentwurf 2024/2025 sei die pauschale Mindereinnahme Zensus in Höhe von 600 Mio. Euro ausgewiesen, in der Veränderung würden -36 Mio. Euro dargestellt, weil auch noch das Wachstumschancengesetz sowie das Zukunftsinvestitionsgesetz berücksichtigt werden müssten. Dadurch erhöhe sich die pauschale Mindereinnahme, weil nun mehr Maßnahmen berücksichtigt würden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1254 zur Kenntnis.

d) Bericht SenFin – II B – vom 24.10.2023 1219
Beantwortung der Fragen der Fraktionen aus der allgemeinen Aussprache zum Haushaltsgesetz 2024/2025 Haupt
1. Verpflichtungsermächtigungen
2. Rücklagen und Sondervermögen
3. Pauschale Minderausgaben
4. Gender Budgeting
5. Energiekostenrücklage
6. Einnahmetitel
7. Sondervermögen für Klimaschutz, Resilienz und Transformation
(Berichtsaufträge aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, er werde die Berichte einzeln aufrufen, damit die Debatte übersichtlich bleibe. – Zu den Berichten Nr. 1 und 2 gebe es keine Wortmeldungen.

3. Pauschale Minderausgaben

André Schulze (GRÜNE) äußert, der Bericht enttäusche ihn. Seine Fraktion habe extra nach dem üblichen Verfahren zur Auflösung einer pauschalen Minderausgabe – PMA – gefragt. Der Bericht besage, dass sowohl Zeitpunkte als auch Kriterien Vorbehalt des Parlaments seien. Wenn dem so sei, dann würde es am Ende gar keine PMA geben. Ihm sei klar, dass keine ressortscharfen Beträge genannt werden könnten, aber die Frage nach dem üblichen Verfahren hätte aus seiner Sicht dennoch beantwortet werden müssen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) verweist darauf, für den Haushaltsvollzug und die Haushaltsbewirtschaftung werde es ein entsprechendes Rundschreiben geben. Im Rahmen dessen würden die Ressorts gebeten, erste Meldungen zur Belegung der PMA abzugeben. Selbstverständlich könnten zum jetzigen Zeitpunkt keine titelscharfen Auskünfte erteilt werden. Wenn der Senat bereits zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung wüsste, wo er kein Geld ausgeben werde, hätte er es gar nicht erst etatisiert. Der Senat warte die Haushaltsberatungen ab, und reagiere dann im Rahmen von Haushaltsbewirtschaftung und Haushaltsvollzug.

André Schulze (GRÜNE) beantragt, zur Sitzung am 14. Februar 2024 möge ein Folgebericht mit dem Stand des Verteilung der PMA auf die Einzelpläne vorgelegt werden. Zudem solle dargestellt werden, nach welchen Kriterien die Titel zur Auflösung der PMA ausgewählt würden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt den Bericht zu. Sie weise darauf hin, dass dem Ausschuss das Haushaltsbewirtschaftungsrundschreiben ohnehin zur Kenntnis gegeben werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass Bericht Nr. 3 beraten sei und es zu den Berichten Nr. 4 bis 6 keine Wortmeldungen gebe.

7. Sondervermögen für Klimaschutz, Resilienz und Transformation

André Schulze (GRÜNE) entnimmt dem Bericht, dass auch die Streichungen mit explizitem Verweis auf das Sondervermögen im Haushaltsentwurf keine Vorfestlegungen seien, da in dem Bericht ausgesagt werde, es gebe keine Vorfestlegungen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, dass es keine Vorfestlegungen gebe, weil das Gesetz noch nicht existiere. Bevor dieses beschlossen sei, könnten keinerlei Maßnahmen festgelegt werden. Der Gesetzentwurf sehe ohnehin vor, dass der Hauptausschuss letztlich über die einzelnen Maßnahmen abstimme
.
Steffen Zillich (LINKE) erklärt, er vermisse eine Thematik in den Berichten, nämlich eine Öffnungsklausel mit einem Vergabeverbot von Schulgrundstücken an Nicht-Landesdritte. Ihm sei es dabei darum gegangen das Thema Public-Private-Partnership – PPP – im Zusammenhang mit dem Schuldenbremsengesetz zu betrachten. Ihn interessiere weiterhin eine Stellungnahme zu diesem Thema. – Gebe es einen entsprechenden Bericht im Einzelplan 10?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erinnert daran, im Entwurf des Haushaltsgesetzes befinde sich eine Öffnungsklausel in Umsetzung der Richtlinien der Regierungspolitik.

Ansgar Ostermann (SenFin) ruft in Erinnerung, im Zusammenhang mit dem Einzelplan 10 habe es eine Diskussion über Berichtsaufträge gegeben. Zunächst solle vorab mittels Gutachten geklärt werden, welche Optionen und Handlungsmöglichkeiten im Bereich Sonderfinanzierung von Schulbau bestünden.

Steffen Zillich (LINKE) konstatiert, demnach müsse man sich mit der Thematik in der kommenden Sitzung bei der zweiten Lesung des Einzelplans 10 befassen. Um es zu verdeutlichen: Es gehe um das Verhältnis der Öffnungsklausel zur Regelung im Berliner Schuldenbremsengesetz, dass sich finanzielle Verpflichtungen aus PPP-Modellen negativ auf das strukturelle Saldo auswirkten. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, wie sinnvoll derartige Modelle seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, die Thematik bleibe im Blick.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1219 zur Kenntnis.

e) Sammelvorlage SenFin – II BfdH – vom 24.10.2023 1222
Finanzplanung von Berlin 2023 bis 2027 Haupt
Beantwortung der Fragen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke
Bericht 1: Kennzahlen
Bericht 2: Pauschale Minderausgaben
Bericht 3: Personalausgaben
Bericht 4: Investitionsprogramm
Bericht 5: Überbezirklichen Dringlichkeitslisten
Bericht 6: Kriterien für Planungsstopps
Bericht 7: Olympiabewerbung
Bericht 8: Wohnungsbauförderung
Bericht 9: Investitionsprogramm 2023 bis 2027
Bericht 10: Transferausgaben
Bericht 11: Sicherheitsgipfel
Bericht 12: Mittel für Sexarbeitende
Bericht 13: Gender Budgeting
(Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023 und aus der 42. Sitzung vom 27.09.2023)

Hinweis: Die Fragen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke rote Nummer 1150 A haben sich durch die Beantwortung im Bericht rote Nummer 1222 erledigt.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, um die Debatte zu strukturieren, werde er die Berichte einzeln aufrufen. – Zu Bericht 1 gebe es keine Wortmeldung.

Bericht 2: Pauschale Minderausgaben

Steffen Zillich (LINKE) ruft in Erinnerung, dass darüber habe berichtet werden sollen, inwieweit pauschale Minderausgaben strukturell den Auflösungsbedarf in der Finanzplanung adressierten. Dazu werde aus seiner Sicht die Figur vorgeschlagen, mit dem Beschluss über das Investitionsprogramm 2024 bis 2028 müsse eine Neubewertung und Priorisierung vorgenommen werden, in deren Rahmen dann die strukturelle Unterdeckung im Bereich der Investitionen angegangen werde. Dies könne jedoch nur Maßnahmen betreffen, die erst nach dem Jahr 2026 in die Haushaltsplanaufstellung gingen. Dies beschreibe zwar das Regelungsumfeld, mache aber gleichzeitig deutlich, wie ambitioniert das ganze Vorhaben sei, denn dabei bleibe das Thema Kostensteigerungen gänzlich unberücksichtigt. Diese müssten ebenfalls noch in die Finanzplanung eingepflegt werden.

Bislang sei noch nicht die Devise ausgegeben worden, es werde keine Neubeginner mehr geben. Wenn keine Verschiebungen von Maßnahmen, die jetzt im Haushalt stünden, vorgesehen seien, sehe er nicht, wie die PMA im investiven Bereich erbracht werden solle. An anderer Stelle heiße es, der Schulbau sei von der PMA nicht betroffen, weil es sich um Sammeltitel handele. Er bitte um Aufklärung, wie die PMA umgesetzt werden solle.

Sebastian Walter (GRÜNE) konstatiert, der Bericht besage, es müsse in einen strukturellen Prozess eingestiegen werden, um die PMA aufzulösen. Dieser Prozess zeichne den Weg für den nächsten Doppelhaushalt vor. – Dies konterkariere aus seiner Sicht den beschriebenen Prozess, es gebe ein Haushaltsrundschreiben und alle Fachverwaltungen seien selbst zuständig, wie sie die PMA im Rahmen der Haushaltswirtschaft erbrächten. In dem Bericht werde vorgeschlagen:

> Innerhalb des Senats werden deshalb die jeweiligen Expertinnen und Experten in den einzelnen Politikfeldern … Vorschläge erarbeiten, die diesem Mechanismus entsprechen.

Was müsse er unter „Expertinnen und Experten für die einzelnen Politikfelder“ verstehen? Sei das die Staatssekretärin in Person? Seien es die zuständigen Senatsverwaltungen? Handele es sich um externe Expertise? Wie solle der Prozess funktionieren, mithilfe dessen man in strukturelle Einsparungen einsteigen wolle? Reiche dafür das Haushaltsrundschreiben aus? Er hoffe sehr, dass alles gut vorbereitet sei, denn die Höhe der PMA verlange unabdingbar, dass der Prozess gesteuert ablaufe.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erläutert, die Politikfeldverantwortlichen müssten die Priorisierungen vornehmen und könnten Maßnahmen für die Belegung der PMA vorschlagen. Dies könne SenFin nicht allein leisten. Deshalb werde es einen Prozess mit den Fachverwaltungen geben.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht damit besprochen sei.

Bericht 3: Personalausgaben

Steffen Zillich (LINKE) dankt für den Bericht, weil er an vielen Stellen erhelle, was Grundlage für die Finanzplanung sei, insbesondere bei der A-Besoldung, der Hauptstadtzulage und der Thematik Übernahme der Tarifabschlüsse. Er gehe davon aus, dass die im Bericht getroffenen Aussagen zu 100 Prozent und kumuliert gälten. Mit einer Antwort sei er allerdings nicht zufrieden. In der Finanzplanung würden personalwirtschaftliche Maßnahmen dargestellt. Auf seine Frage, inwieweit diese Maßnahmen in den Annahmen berücksichtigt seien, werde geantwortet, sie seien lediglich pauschal eingeflossen und es könnten keine Aussagen zu einzelnen Maßnahmen getroffen werden. Dies lasse ihn ratlos zurück. Seien die Maßnahmen nun eingeflossen oder nicht? Wenn sie eingeflossen seien, müsse dies mit einer bestimmten Annahme und einem bestimmten Betrag geschehen sein. Deshalb wolle er weiterhin wissen, in welchem Maß und mit welchem Betrag die benannten Personalmaßnahmen in die Eckzahlen der Finanzplanung eingeflossen seien?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) fragt, ob mögliche Maßnahmen zur Konsolidierung gemeint seien. – [Steffen Zillich (LINKE) nickt.] – In der Finanzplanung sei dargestellt, dass es verschiedene Stellschrauben und Überlegungen geben müsse. Es seien aber noch keine konkreten Maßnahmen mit konkreten Zahlen eingeflossen, weil noch keine konkreten Maßnahmen verabredet seien. Für die Haushaltsplanaufstellung 2026/207 müssten Maßnahmen ergriffen werden, um die Linie der Finanzplanung zu erreichen. Es seien zwar bestimmte Maßnahmen beschrieben worden, darüber müsse sich der Senat aber noch verständigen, abhängig davon, wie dann die konkrete finanzpolitische Lage aussehe.

Steffen Zillich (LINKE) wirft die Frage auf, ob demnach eine Einschätzung vorliege, dass Maßnahmen ergriffen werden müssten, diese aber noch nicht mit Betrag in die Zahlen der Finanzplanung eingeflossen seien. – Andere Aspekte, wie die Bezahlung nach Bundesgrundniveau seien hingegen bereits in die Eckzahlen der Personalausgaben in der Finanzplanung eingeflossen. Dies bedeute, dass aus Sicht des Senats die Personaleckzahlen in der Finanzplanung zu hoch seien, um die Planungsziele zu erreichen. Oder gebe es andere Effekte, die diesen notwendigen Einsparungen entgegenliefen und ausgeglichen werden müssen? Entweder gebe es Einsparbedarf, dann verfüge man beispielsweise, jede frei werdende Stelle bleibe zwei Jahre unbesetzt, um Geld zu sparen, dann müsse man aber mit einem bestimmten Betrag in die Personalplanung eingehen. – Dieses oder Vergleichbares sei aber offenbar nicht geschehen. Wenn diese Maßnahmen jedoch ergriffen werden müssten, aber noch nicht Bestandteil der Personalausgabenlinie in der Finanzplanung seien, dann müsse der Senat entweder davon ausgehen, dass es gegenläufige Effekte gebe oder aber die Zahlen für die Personalausgaben in der Finanzplanung sinken müssten.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) betont, es müssten zwei Dinge unterschieden werden. Dabei gehe es um mögliche Urteile zur Thematik A-Besoldung, um die Übernahme von Tarifergebnissen und anderem mehr. Dafür sei im Haushaltsplanentwurf 2024/205 Vorsorge getroffen. Diese Maßnahmen entfalteten einen Fortwirkungseffekt und würden deshalb in der Finanzplanung fortgeschrieben. Daneben gebe es eine Beschreibung der Handlungsbedarfe, die sich in der Zukunft ergäben. Dies widerspreche sich aus ihrer Sicht nicht. Der Ausblick, die weiteren Handlungsbedarfe seien nur beschrieben.

Steffen Zillich (LINKE) befürchtet, hinsichtlich der Konsequenzen komme man in der Debatte nicht richtig weiter. Wissen wolle er, ob er es richtig sehe, dass die beschriebenen Maßnahmen noch mit einem Betrag in die Finanzplanung eingeflossen seien.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bestätigt, dass es sich um eine Beschreibung handele. Der Senat werde sich damit auseinandersetzen und Maßnahmen ergreifen, um dem Handlungsbedarf zu begegnen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht damit besprochen sei. – Zu Bericht 4 gebe es keine Wortmeldung.

Bericht 5: Überbezirklichen Dringlichkeitslisten

Steffen Zillich (LINKE) geht davon aus, dass insbesondere über die Auswirkungen der Investitionsplanung noch einmal im Zusammenhang mit dem Einzelplan 10 diskutiert werden müsse. Er danke für die Vorlage der überbezirklichen Dringlichkeitslisten und habe die Frage, inwieweit sich diese im Investitionsprogramm widerspiegelten. Sehe man sich diese Listen gemeinsam mit dem Bericht Nr. 9 – Investitionsprogramm 2023 bis 2027 – an – dort seien die Veränderungen innerhalb des Investitionsprogramms abgefragt worden –, ergebe sich für den Bezirk Spandau, dass die Maßnahmen in toto verschoben würden. Gleichzeitig sei der Bezirk Spandau derjenige, der vor einem Jahr noch das höchste Schulplatzdefizit ausgewiesen habe. Offenbar habe sich in der Zwischenzeit etwas verändert. Womöglich spiegele sich die überbezirkliche Dringlichkeitsliste auch gar nicht in den Veränderungen innerhalb der Investitionsplanung wider. Er bitte um Aufklärung.

Seiner Ansicht nach hätte der Monitoringbericht Schulbauoffensive längst auf der Tagesordnung stehen müssen. Nunmehr werde erneut um eine Fristverlängerung für die Vorlage des Berichts gebeten, in diesem Fall sogar ohne Datum. Seines Wissens habe der Senat den Bericht aber im Oktober beschlossen, weshalb er hoffe, dass er übermorgen im Zusammenhang mit Einzelplan 10 auf der Tagesordnung stehen werde. Die erbetenen Berichte müssten vorgelegt werden, um zu einer Einschätzung zu gelangen, inwieweit die Finanzplanung und der Haushaltsentwurf beim Thema Schulplatzbedarf korrelierten.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bekundet, beim Bezirk Spandau handele es sich um einen Spezialfall.

Ansgar Ostermann (SenFin) ergänzt, SenFin versuche, die überbezirkliche Dringlichkeitsliste eins zu eins in der Investitionsplanung umzusetzen. Mit den verfügbaren Mitteln könnten die 30 bis 40 Maßnahmen, die am höchsten priorisiert seien, mit einer ersten Rate neu in das Investitionsprogramm aufgenommen werden. Im Bezirk Spandau habe sich jedoch eine besondere Situation ergeben. Der Bezirk habe mit bestimmten Baumaßnahmen, die mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 hätten beginnen sollen, nicht rechtzeitig beginnen können. Diese Maßnahmen hätten sich in die Jahre 2024 und 2025 verschoben und wären dann mit Neubeginnern zusammengefallen, die ebenfalls in diesen Jahren beginnen sollten. Dies hätte eine Bugwelle ausgelöst, die das Investitionsprogramm gesprengt hätte. Im Jahr 2022 seien beim Schulbau 60 Mio. Euro in den Bezirken nicht verausgabt worden. Dieses Summe sei an den Haushalt zurückgeflossen. Die Bugwellen müssten aufgefangen werden, weil sie ansonsten den Haushalt in den Jahren 2024 und 2025 sprengten. Deshalb seien mit dem Bezirk Spandau Gespräche geführt worden, welche Maßnahmen nun umgesetzt werden sollten. Unter dem Strich führe dies dazu, dass bereits gesetzte Maßnahmen geschoben werden müssten. Dies nicht, weil SenFin sie gestrichen habe, sondern weil das Bezirksamt nicht rechtzeitig mit dem Bauen begonnen habe. Dieses Phänomen gebe es lediglich in Spandau.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, gäbe es den Monitoringbericht zur Schulbauoffensive, könnte er prüfen, was dies für den Schulplatzbedarf im Bezirk Spandau bedeute. Könne mitgeteilt werden, wie groß die Jahresscheibe für die bezirklichen Maßnahmen in der Investitionsplanung jeweils sei?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bedauert, dies könne aus dem Gedächtnis nicht beantwortet werden. Sie sage einen entsprechenden Bericht zu.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, die Frage mit der Bitte um Fristverlängerung für den ausstehenden Monitoringbericht Schulbauoffensive müsse in Hinblick auf die nächste Sitzung noch geklärt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt nach Rücksprache mit dem Ausschussbüro mit, der entsprechende Bericht sei dem Ausschuss gerade heute zugegangen und unter der Nummer 0548 C zu finden. – Der Bericht Nr. 5 sei besprochen.

Bericht 6: Kriterien für Planungsstopps

Steffen Zillich (LINKE) wirft die Frage auf, ob er es richtig verstanden habe, dass SenFin auch Einfluss auf die Bewirtschaftung der Bauvorbereitungsmittel hinsichtlich der Planungsstopps nehme. Die Mittel für die Bauvorbereitung seien mit Maßnahmen untersetzt, daneben gebe es auch noch Sondertitel. Diese Mittel stünden offenbar unter dem Vorbehalt der Einzelbewilligung durch SenFin. Treffe dies zu?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, im Prinzip sei dem so, wobei die Schwelle bei 10 Mio. Euro liege. Weil keine Planungsmittel verloren gehen sollten, solle ein Verfahren implementiert werden, um strukturiert über die Mittelverwendung zu entscheiden.

Steffen Zillich (LINKE) geht davon aus, dass dies noch zu Debatten und Irritationen führen werde. – Da er dem Parlament bereits seit längerer Zeit angehöre, habe er unterschiedlichste Situationen der Haushaltslage erlebt. Einerseits gebe es das Phänomen der verlorenen Planungsmittel, zu anderen Zeiten seien hingegen die Planungsschublagen leer gewesen. Aus seiner Sicht dürfe nicht wieder eine Situation entstehen, dass zwar Geld zur Verfügung stehe, aber keine Planungen vorlägen, um diese Summen auszuschöpfen. Er bitte um Darlegung, wie zwischen diesen beiden Phänomenen abgewogen werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei zur Restelesung erbeten.

Bericht 7: Olympiabewerbung

Steffen Zillich (LINKE) trägt vor, die Frage einer nationalen Olympiabewerbung müsse nicht an dieser Stelle diskutiert werden, an der es um die Investitionsplanung gehe. Dem Bericht habe er entnommen, dass im Falle der Austragung von Olympischen Spielen im Jahr 2036 mit Investitionskosten im Umfang von 15 und 30 Mrd. Euro gerechnet werden müsse. Diese Summe müsste zu einem gewissen Anteil im Rahmen der Finanzplanung dargestellt werden. Zumindest müsse es Entscheidungen innerhalb des Finanzplanungszeitraums geben. Offenbar gebe es keine Anzeichen dafür, dass für diesen Investitionsbedarf zusätzliche Mittel in Aussicht stünden. Dies bedeute, an die Finanzplanung müsse eine Erläuterung angebracht werden, wonach 15 bis 30 Mrd. Euro anteilig im Finanzplanungszeitraum für Olympia reserviert werden müssten, weil dafür keine anderweitige Vorsorge getroffen sei.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) unterstreicht, sie teile die Schlussfolgerungen nicht. Derzeit lote der Deutsche Olympische Sportbund – DOSB – mit verschiedenen Städten und Regionen eine Deutschlandbewerbung aus. Insofern könnte nicht nur Berlin, sondern könnten auch andere Regionen von der Austragung betroffen sein. Daraus resultiere, dass derzeit keinerlei Angaben darüber gemacht werden könnten, wo welcher Investitionsbedarf auftrete. – Im Bericht seien Orientierungsgrößen aus anderen Städten genannt worden, denen aber andere Konzepte zugrunde lägen.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, die Durchführung Olympischer Spiele werde sich nicht ohne Investitionskosten umsetzen lassen. Insofern müsse über das Thema weiter diskutiert

werden. Er gehe davon aus, dass sich dabei die Einschätzung der Finanzierbarkeit nicht verbessern werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei damit besprochen. – Zu Bericht 8 – Wohnungsbauförderung – gebe es keine Wortmeldung.

Bericht 9: Investitionsprogramm 2023 bis 2027

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass die Themen überbezirkliche Dringlichkeit – Bericht 5 – und Investitionsprogramm – Bericht 9 – in der Sitzung am Freitag aufgerufen werden könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt erklärt, dies könne so vereinbart werden. – Zu den Berichten 10 und 11 gebe es keine Wortmeldungen.

Bericht 12: Mittel für Sexarbeitende

Sebastian Walter (GRÜNE) bezieht sich auf die Aussage in dem Bericht, es werde noch geprüft, ob ein Teil der Mittel, die derzeit von den Bezirken verausgabt würden, in den Landeshaushalt zurückgeführt werden sollten. Er bitte um einen Folgebericht zum 1. März 2024, mit einer Aussage, ob dies gelungen oder wie weit der Bearbeitungsstand gediehen sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht Nr. 12 besprochen und der Folgebericht zugesagt sei.

Bericht 13: Gender Budgeting

Sebastian Walter (GRÜNE) begrüßt es, dass nunmehr deutlich geworden sei, dass die Erwähnung von Teilzeitstellen als Begründung für ein Gender-Pay-Gap falsch gewesen sei. Er bitte darum, alle Verwaltungen auf die korrekte Darstellung hinzuweisen, damit diese beim nächsten Mal einheitlich sei.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt dies zu.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1222 zur Kenntnis.

Gender Budgeting

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 1 - Gender Budgeting (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 1 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1500 – Senatsverwaltung für Finanzen - Politisch-Administrativer Bereich und Service -

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 1	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 2 – Titel 51715 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

André Schulze (GRÜNE) fragt, ob sich die Art der Veranschlagung so wie hier gewählt durch den gesamten Haushalt ziehe oder ob es je nach Senatsverwaltung Abweichungen gebe.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) bekundet, die Veranschlagung sei einheitlich.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 2 zur Kenntnis.

Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 3 – Titel 51925 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 3 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 2 und 3	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nrn. 2 und 3 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 4 – Titel 52501 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 4 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement
(ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 4	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 5 – Titel 54002 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 5 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54034 – Leistungen der Selbstversicherung

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 6 – Titel 54034 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 6 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 5	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 7 und 8 – Titel 97114 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Berichte 7 und 8 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1502 – Senatsverwaltung für Finanzen - Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister und sonstige Angelegenheiten der Finanzministerkonferenz –

Titel 23204 – Anteil der Länder an den Ausgaben

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 9 – Titel 23204 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 9 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1510 – Senatsverwaltung für Finanzen - Vermögen -

Mitberaten werden:

a)	Vertraulicher Bericht SenFin – I F – vom 09.10.2023 **Liquiditätsbericht III. Quartal 2023** gemäß Auflage B. 122 – Drucksache 18/0400 zum Haushalt 2022/23	0403 F Haupt Vertrauliche Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass der Bericht vertraulich sei.

Steffen Zillich (LINKE) kündigt an, seine Fraktion werde innerhalb der vorgesehenen Frist Nachfragen beim Ausschussbüro einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, dass dies bis Freitag um 12 Uhr geschehen müsse.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0403 F zur Kenntnis.

b)	Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom 14.08.2023 **Zuführungen an die Landesunternehmen im Jahr 2022** (Berichtsauftrag aus der 37. Sitzung vom 07.06.2023)	0403 E Haupt Vertrauliche Beratung

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0403 E ohne Aussprache zur Kenntnis.

c)	Vertraulicher Bericht SenFin – II LIP 9 – vom 20.10.2023 **Garantieverträge des Landes Berlin mit der IBB zugunsten von Schulbauprojekten der HOWOGE** **hier: Beantwortung der Fragen zur 2. Lesung** (Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	0049 D Haupt Vertrauliche Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass der Bericht vertraulich sei. Sollten vertrauliche Sachverhalte angesprochen werden, bitte er um einen rechtzeitigen Hinweis, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne.

Steffen Zillich (LINKE) erinnert daran, dass die Erhöhung der Kreditermächtigung für die HOWOGE nicht der Umsetzung zusätzlicher Maßnahmen diene, sondern der Finanzierung der bisherigen Maßnahmen. Er habe daraufhin versucht, die Parallelen der Kostenentwicklung bei der HOWOGE und dem Investitionsplafonds nachzufragen. Der Senat sei einer Antwort darauf ausgewichen. Das überrasche ihn nicht. Der Umstand, dass die HOWOGE-Mittel verdoppelt würden, die Anzahl der Maßnahmen jedoch gleich bleibe, werfe die Frage auf, inwieweit die im Haushalt ausgewiesenen Bauprojekte tatsächlich finanziert seien und in diesem Finanzrahmen auch umgesetzt werden könnten. Demnach laufe man unausweichlich auf eine Situation zu, in der das Konzept nicht mehr funktioniere. Aus seiner Sicht müssten deshalb in irgendeiner Form Konsequenzen gezogen werden. Entweder müsse man zugeben, dass man zwar Investitionen in Schulneubau zugesagt habe, dies aber nicht in der Investitionsplanung unterzubringen sei, oder es müsse eine Priorisierung zulasten aller anderen Mittel erfolgen. Es werde jedoch keiner der Wege gegangen. Er räume ein, dass es sich um eine schwierige Lage handele und keine der Antwortmöglichkeiten positiv stimme. Aber einfach die Augen zu verschließen, halte er für schwierig, zumal damit die Verlässlichkeit der Planung sowie die Aussagekraft der bisherigen Veranschlagungen verloren gehe.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, angesichts dieser öffentliche Debatte erkläre sie lediglich, dass sich die Finanzierungsmodelle unterschieden und die Schlussfolgerungen aus dem einen Modell nicht eins zu eins auf das andere übertragbar seien. – Weiter könne sie nur schriftlich ausführen oder mündlich in einer nichtöffentlichen Sitzung außerhalb der heutigen Haushaltsberatungen.

Steffen Zillich (LINKE) äußert, er sei sehr an einem schriftlichen Bericht interessiert. Er bitte darum, dass der Bericht rote Nr. 0049 D dem UA Bmc zur Erledigung überwiesen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass so verfahren werde. Der Folgebericht werde bis Ende des ersten Quartals 2024 zugesagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0409 D zur Kenntnis.

d)	Bericht SenFin – I E – vom 16.08.2023 **Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen** gemäß Auflage B. 124 – Drucksache 18/0400 zum Haushalt 2022/23	1116 Haupt

Dr. Kristin Brinker (AfD) bezieht sich auf die Aussage in dem Bericht, dass im Jahr 2022 keine neuen Landesbürgschaften oder parallele Bundes-/Landesbürgschaften aufgenommen worden seien. Könne eine Aussage zum Jahr 2023 gemacht werden?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die erbetene Information werde nachgeliefert.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht rechtzeitig zur Sitzung am 1. Dezember 2023 erbeten sei. – Der Bericht rote Nr. 1116 sei zur Kenntnis genommen.

e) Bericht SenFin – I C 22 – vom 18.10.2023 1043 A
Zoologische Garten Berlin AG (Zoo Berlin AG) Haupt
hier: Verwendung der vom Land Berlin ausgereichten Einmalzahlung zur Ablösung einer vertraglichen Verpflichtung
(Berichtsauftrag aus der 39. Sitzung vom 30.08.2023)

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) trägt vor, hinsichtlich seines Informationsgehalts sei der Bericht immer noch unzureichend, was damit zusammenhänge, dass der Senat und die Linksfraktion divergierende Rechtsauffassungen verträten. Seine Fraktion vertrete die Auffassung, die auch der damalige Abteilungsleiter II der SenFin vertreten habe, wie die Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO zu bewerten sei. Diese Divergenz werde heute nicht aufgelöst werden, der Rechnungshof werde aber eine Prüfung vornehmen.

In dem Bericht heiße es, auf Nachfrage habe die Zoo AG mitgeteilt, dass die einmalige Zahlung satzungsgemäß für das operative Geschäft sowie für Investitionen eingesetzt worden sei. In der Satzung der Zoo AG heiße es in § 12 Absatz 1 jedoch:

> Solange das Land Berlin der Gesellschaft jährlich Finanzmittel für den Geschäftsbetrieb zur Verfügung stellt, stehen ihm für 2 Mitglieder ein Entsendungsrecht nach § 101 Abs. 2 AktG zu.

Er hoffe, dass es bei der nächsten Hauptversammlung gelinge, eine Aufsichtsratsposition zu besetzen, um auch einen besseren Einblick zu erlangen, wie mit der Entnahme aus der Coronarücklage umgegangen werde, denn dies sei aus den bisherigen Berichten noch nicht deutlich geworden. Der Widerspruch zwischen den Bestimmungen der Satzung und der Mitteilung der Zoo AG irritiere ihn. Wie sehe der Senat dies?

Wissen wolle er, ob die Zoo AG in Umsetzung des Memorandums of Understanding das Verfahren zur Preiserhöhung bei Ermäßigungs- und Kindertarifen in Gang gesetzt habe. Nach seinem Kenntnisstand müsste dies jetzt der Fall sein, wenn die Zoo AG beabsichtige, die Preise zu erhöhen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) trägt vor, die Zoo AG habe erläutert, wie sie sich die kommende Preisgestaltung vorstelle. SenFin könne die Darlegungen nachvollziehen.

In der Tat bestünden divergierende Rechtsauffassungen. Bei der Zahlung habe es sich um den Ablösebetrag für einen rechtlichen Anspruch gehandelt und nicht um eine Zuwendung oder einen Zuschuss ohne Gegenleistung. Deshalb sei es zulässig gewesen, den Betrag auch für operative Zwecke zu nutzen. § 12 der Satzung greife deshalb nicht, was im Bericht auch dargestellt sei.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) möchte wissen, ob er es richtig verstanden habe, dass die Zoo AG auf SenFin zugekommen sei und das Begehren geäußert habe, die Ermäßigungstarife und die Tarife für Kinder erhöhen zu wollen. Wenn dem so sei, um welche Preise gehe es dabei? Habe SenFin dem zugestimmt, sodass die Preiserhöhung kommen werde oder befinde man sich derzeit in Gesprächen, wie man damit umgehen werde.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, die werde diesbezüglich schriftlich berichten.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Stephan Schmidt**, zu wann berichtet werden solle, erwidert **Sebastian Schlüsselburg** (LINKE), dass der Berichtstermin vor Jahresfrist liegen müsse. Wenn ohnehin schriftlich berichtet werde, bitte er auch um eine haushaltsrechtliche Einschätzung, in welchem Umfang Berichts- und Transparenzobliegenheiten bestünden, wenn eine Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO erfolgt sei.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht werde innerhalb von vier Wochen vorgelegt. Der Bericht rote Nr. 1043 A sei zur Kenntnis genommen.

f)	Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 10 – Neubau Bürodienstgebäude Alt-Friedrichsfelde 60 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) bedauert, dass für den Neubau eines Bürodienstgebäudes auf einem landeseigenen Grundstück zehn Jahre bis zur angedachten Fertigstellung benötigt würden. Es handele sich um ein Projekt des BA Lichtenberg in Zusammenarbeit mit der BIM. Sie wolle wissen, weshalb das so lange dauere, wobei sie um einen schriftlichen Bericht bitte. Darüber hinaus warte ihre Fraktion immer noch auf die Neukonstituierung des SIWA-Lenkungsgremiums. Sei diese erfolgt oder sei zumindest ein Termin dafür angedacht? In dem Bericht heiße es, das Bedarfsprogramm sei geändert worden. Sie bitte um eine Darstellung der Änderungen in dem erbetenen Folgebericht.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die Fragen würden schriftlich beantwortet. – Die Neukonstituierung des SIWA-Lenkungsgremiums finde Mitte Januar 2024 statt.

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) bittet um Darlegung, wie viele und welche anderen Projekte sich im zeitlichen Verzug befänden. Wie lang seien die jeweiligen Verzögerungen je Projekt?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) berichtet, es sei nur der Vorgang Volkshochschule Baumschulenweg zurückgestellt worden, bei dem noch Fragen der Bundesbeteiligung geklärt werden müssten. Ihr seien keine weiteren SIWA-Projekte bekannt, die derzeit festhingen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Folgebericht zum 31. März 2023 zu liefern sei und der Bericht rote Nr. 1209 zur Kenntnis genommen sei.

Titel 12202 – Konzessionsabgabe Strom –

Ohne Wortmeldung.

Titel 12206 – Konzessionsabgabe Gas

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 11 – Titel 12206 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 11 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 14101 – Bürgschaftsentgelte –
Titel 14102 – Rückzahlungen nach Bürgschaftsinanspruchnahmen –
Titel 14103 – Rückflüsse wegen Rückbürgschaften und Rückgarantien –

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 68547 – Zuschuss an die Gesundheitsstadtbeauftragte/den Gesundheitsstadtbeauftragten

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 6	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 87101 – Inanspruchnahme aus Bürgschaften für die gewerbliche Wirtschaft –
Titel 87102 – Inanspruchnahme aus Bürgschaften für den Wohnungsbau –
Titel 87103 – Inanspruchnahme aus Bürgschaften im Zusammenhang mit dem Erwerb selbstgenutzten Arbeitsraums

Jeweils ohne Wortmeldung.

Titel 54010 – Dienstleistungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 12 – Titel 54010 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

André Schulze (GRÜNE) äußert, ihm sei nicht deutlich geworden, wie die künftige Kooperation zwischen Charité und Vivantes aussehen, welche Aufgaben dabei der/die Gesundheitsstadtbeauftragte wahrnehmen und wo diese Person angesiedelt werden solle.

Steffen Zillich (LINKE) schlussfolgert aus dem Bericht, dass in einer der beiden beteiligten Senatsverwaltungen finanzielle Mittel für den Gesundheitsstadtbeauftragten vorgesehen seien. Daraus resultiere für ihn die Frage, weshalb es dann noch eines Zuwendungstitels bedürfe.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die gestellten Fragen würden schriftlich beantwortet.

André Schulze (GRÜNE) präzisiert seine Frage dahin gehend, es solle in dem Bericht dargelegt werden, welche konkreten Aufgaben die Stelleninhaberin erfüllen solle. Welche Ausrichtung solle die Stelle durch die Neuansiedlung bei SenFin erhalten?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der erbetene Folgebericht sei zum Ende des ersten Quartals 2024 zugesagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 12 zur Kenntnis.

Kapitel 1520 – Senatsverwaltung für Finanzen - Haushalt -

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 7	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52610 – Gutachten

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 8	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 8 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52906 – Repräsentation, Empfänge, Feierlichkeiten, Kontaktpflege

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 13 – Titel 52906 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 13 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 98101 – Allgemeine interne Verrechnungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 9	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 14 – Titel 98101 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 14 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1523 – Landesfinanzservice

Titel 52610 – Gutachten

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 15 – Titel 52610 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 15 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1531 – Finanzämter

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 16 – Finanzämter (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Sebastian Schlüsselburg (LINKE) stellt fest, dass per Stichtag 30. September 2023 256,55 Vollzeitäquivalente – VZÄ – über alle Finanzämter gesehen unbesetzt gewesen seien. Seine Fraktion besorge dieser Umstand sehr. Dabei sei misslich, dass beim Finanzamt für Fahndung und Strafsachen sowie bei den Finanzämtern für Körperschaften über einen längeren Zeitraum Stellen unbesetzt seien. Auch die Zahl der Betriebsprüfer und Betriebsprüferinnen sei rückläufig.

Aus Sicht seiner Fraktion sei es wichtig, während der Haushaltsberatungen darüber zu sprechen, wie die Einnahmesituation des Landes Berlin verbessert werden könne. Es gebe lediglich beschränkte Möglichkeiten für die Festsetzung eigener Steuer- oder Hebesätze. Deshalb sei es umso wichtiger, alles in der Macht Stehende zu tun, um Steuereinnahmen zu generieren. Deshalb müssten die Arbeits- und Personalbedingungen bei den Finanzämtern verbessert werden. Die altersbedingten Abgänge befänden sich bereits ab 2025 mit 110 im dreistelligen Bereich und steigerten sich bis zum Jahr 2029 auf 256. Daraus schlussfolgere er, es bedürfe erheblicher Anstrengungen, um die Arbeitsfähigkeit der Finanzämter und die gleichmäßige Durchsetzung des Steuerrechts zu gewährleisten. In anderen Bundesländern sehe es leider nicht anders aus.

Die Antwort auf die Frage, wie KI eingesetzt werde, um das Personal mit steuerrechtlicher Qualifikation zu entlasten, sei aus seiner Sicht unzureichend. Er wolle wissen, was eingesetzt werden könnte, um das Personal mit einer steuerrechtlichen Qualifikation zumindest graduell zu entlasten, um so Spitzen zu schaffen, die dann beispielsweise beim Finanzamt für Fahndung und Strafsachen eingesetzt werden könnten. Aus seiner Sicht müssten die Potenziale, die bereits vorhanden seien oder gerade entwickelt würden, dringend genutzt werden. Gebe es derzeit technische Entwicklungen im KI-Bereich, die einen Quantensprung darstellten?

Zum Thema Quereinstieg: Es sei berichtet worden, dass bereits seit 2019 überlegt werde, wo für bestimmte Bereiche Quereinsteiger generiert werden könnten. Dies werde aber lediglich ergänzend praktiziert. Sollte angesichts der unbesetzten Stellen nicht gezielter an den Markt der über steuerrechtliche Qualifikation verfügenden Personen aus dem Privatsektor herangetreten werden? Gerade im Hinblick auf die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit sei das Land Berlin als Arbeitgeber doch attraktiv. Ihm sei bewusst, dass es schwierig sei, Personen aus dem privaten Bereich rekrutieren zu wollen, aber es müsse im Interesse aller sein, Steuern einzutreiben, um eine vernünftige Infrastruktur bereitstellen zu können. – Er bitte um genauere In-

formationen zu dem Potenzial, das sich bei gezielter Ansprache von Quereinsteiger/-innen ergeben könnte.

Könnten Ausführungen zur Entwicklung der echten Steuerrückstände bei der Umsatzsteuer gemacht werden? Seines Wissens hätten diese Ende 2022 bei 192,7 Mio. Euro gelegen und seien seitdem gestiegen. Wie könne man zu einem Abbau der echten Rückstände gelangen?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) betont, sie freue sich über das Interesse an den Finanzämtern. Die beschriebenen Entwicklungen seien SenFin bekannt. Im August sei eine neue Werbekampagne für die Finanzämter auf den Weg gebracht worden. Ohne die Arbeit der Finanzämter könnte sich das Gemeinwesen nicht finanzieren.

Es gebe mehr Köpfe als besetzte Vollzeitäquivalente, was aber allgemein bekannt sei. Durch die Teilzeitmöglichkeiten und verschiedenen Arbeitszeitmodelle sei das Land Berlin ein attraktiver Arbeitgeber. Mithilfe eines Maßnahmebündels solle der Personalbestand gesichert werden. Dazu gehörten auch Quereinsteiger, sowie die Erhöhung der Einstellungszahlen für beide Laufbahnen.

Im Verbund mit den anderen Bundesländern werde die weitere Digitalisierung vorangetrieben. Es sei gerade ein neues Referat geschaffen worden, das sich mit neuen Methoden, Prozessen und KI befasse, um zu einer weiteren Entlastung von Routinetätigkeiten zu kommen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 16 – Finanzämter – zur Kenntnis.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 17 – Titel 51715 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 17 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51803 – Mieten für Maschinen und Geräte

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 18 – Titel 51803 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 18 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52609 – Thematische Untersuchungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 19 – Titel 52609 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 19 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 10	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 10 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 20 – Titel 54002 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 20 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1532 – Finanzamt Berlin International

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 21 – Finanzamt Berlin International (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 21 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1540 – Senatsverwaltung für Finanzen - Landespersonal -

Mitberaten wird:

a)	Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 22 – Möglichkeiten zur Steigerung der Kapazitäten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt
b)	Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses hier: Bericht 23 – Aufstiegsmöglichkeiten (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt
c)	Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses hier: Bericht 24 – Personalentwicklungsprogramm (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) wendet sich Bericht 22 zu, der auf ihre Frage zurückgehe, wie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht – HWR – zusätzliche Ausbildungskapazitäten gewonnen werden könnten. Die Antwort laute hinsichtlich der Räume, dies gelinge nur, wenn man Anmietungen vornähme. Ihres Wissens könnte durchaus überlegt werden, Lehrveranstaltungen später am Tag – bis 18 Uhr oder sogar 20 Uhr – stattfinden zu lassen, um dadurch Raumkapazitäten zu heben. Sei dieser Aspekt geprüft worden? Was spreche gegen diesen Vorschlag? Sie bitte um einen Bericht.

Zu Bericht 23 – Aufstiegsmöglichkeiten: Wenn lediglich 10 bis 20 Personen pro Jahr vom gehobenen in den höheren Dienst gelangten, dann sei dies zu wenig. Menschen entwickelten

sich weiter und hätten Potenzial, um in die nächst höhere Laufbahngruppe zu gelangen. Was spreche gegen eine Verdopplung oder gar Verdreifachung der Zahlen? Welche Probleme lägen dahinter?

Zu Bericht 24 – Personalentwicklungsprogramm: Der Bericht enthalte einen Link zum Intranet der Senatsfinanzverwaltung, an das sie nicht angebunden sei. Entweder müsse den Mitgliedern des Ausschusses ein Intranetzugang für SenFin gewährt oder aber das Personalentwicklungsprogramm PEP 2030 als Bericht zur Verfügung gestellt werden.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, das PEP 2030 werde als Bericht zur Verfügung gestellt. – Sie weise darauf hin, dass mehrere Aufstiegsmöglichkeiten bestünden. Neben der Möglichkeit, einen Master zu erwerben, gebe es auch den Beförderungs- oder Verwendungsaufstieg.

Martin Jammer (SenFin) ergänzt, es bestehe ein ständiger Kontakt mit der HWR, weil sie zentraler Partner für die Ausbildung im nichttechnischen Verwaltungsdienst sei, mit Schwerpunkt im ehemals gehobenen Dienst. SenFin sei durchaus stolz, dass es gelungen sei, die jährlichen Kapazitäten im Studiengang Öffentliche Verwaltung von 80 auf 120 zu erhöhen und zwar offensichtlich dauerhaft. Gleichwohl werde ein wesentlich höherer Bedarf gesehen, was der HWR kommuniziert worden sei. Die HWR prüfe alle möglichen Maßnahmen: mehr Onlineangebote, Seminarangebote über den gesamten Tag verteilt, was allerdings auf Kosten der Flexibilität der Studierenden wäre. SenFin sei in Gesprächen mit der HWR und der Hochschule für Technik und Wirtschaft – HTW –, um den Kooperationsstudiengang „Public Management“ möglicherweise neu zu strukturieren und noch stärker auf den öffentlichen Dienst auszurichten. Bislang sei dieser Studiengang stärker wirtschaftswissenschaftlich ausgerichtet als der stark rechtorientierte Studiengang „Öffentliche Verwaltung“. Allerdings argumentierten die Hochschulen, sie verfügten nicht über genügend Platz für eine Ausweitung.

Hendrikje Klein (LINKE) trägt vor, sie habe es genau andersherum vonseiten der Hochschule gehört: Es gäbe Erweiterungsmöglichkeiten, wenn die Lehrveranstaltungen zeitlich nach hinten gesetzt stattfänden. Ihres Wissens müssten die Lehrveranstaltungen aus dienstrechtlichen Gründen relativ früh beendet werden. Aus ihrer Sicht stehe dies den aktuellen Notwendigkeiten entgegen. Sie bitte um einen Bericht darüber, wie weitere Ausbildungskapazitäten gehoben werden könnten. Es solle auch dargestellt werden, bis zu welcher Uhrzeit die Vorlesungen aktuell stattfänden.

Seit Bestehen der Möglichkeit des Verwendungsaufstiegs hätten diesen rund 50 Personen absolviert. Insgesamt seien die Aufstiegszahlen über alle Möglichkeiten hinweg viel zu niedrig. Gebe es keinen Bedarf? Wollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diesen Weg nicht gehen? Wünschten die Vorgesetzten nicht, dass es Aufstiege gebe? – Ihr sei bewusst, dass in manchen Verwaltungen bei einem Aufstieg aus dem gehobenen in den höheren Dienst die jeweiligen Personen wie Menschen zweiter Klasse behandelt würden. Sie spitze ihre Frage zu: Sei die Durchlässigkeit der Laufbahnen politisch, strategisch und fachlich nicht gewollt? Sprächen irgendwelche anderen Gründe dagegen? – Sie bitte um Auskunft.

Steffen Zillich (LINKE) glaubt, es müsse alles getan werden, um Menschen in den öffentlichen Dienst zu bekommen. Dazu gehöre auch die Qualifizierung der bereits vorhandenen Per-

sonen. Die bestehenden Flaschenhälse müssten aufgeweitet werden. Dafür müssten alle Möglichkeiten ergriffen werden. Seine Fraktion wolle von SenFin wissen, was dafür nötig sei.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) unterstreicht, Personalentwicklung und -qualifizierung seien wesentliche Bestandteile der Personalgewinnung. Gerade der Aufstieg sei eine Möglichkeit, um qualifiziertes Personal zu halten. Das Personal werde dadurch zwar nicht vermehrt, es werde nur anders weiterentwickelt. – Die Darstellung, Personen, die einen Laufbahnaufstieg hinter sich hätten, seien Menschen zweiter Klasse, weise sie zurück. Die weiteren Fragen würden schriftlich beantwortet werden.

Hendrikje Klein (LINKE) erklärt, ihr reiche als Berichtstermin der 31. März 2024.

Steffen Zillich (LINKE) bekundet, er wolle das Thema Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL – vor der Befassung mit den einzelnen Titeln ansprechen. Dabei interessiere insbesondere der Aspekt VBL-Ost. Wie sei das Land Berlin bei der VBL vertreten? Welche Möglichkeiten bestünden, um dort Einfluss zu nehmen? Seines Wissens habe die VBL-Ost einen kapitalgedeckten Anteil. Ihn interessiere, inwieweit zu befürchten sei, dass es aufgrund von Fehlinvestitionen zu negativen Auswirkungen bei der Altersversorgung der Beschäftigten komme.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die Frage werde schriftlich beantwortet.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1209 betreffend Bericht 22 – Möglichkeiten zur Steigerung der Kapazitäten der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR Berlin) –, Bericht 23 – Aufstiegsmöglichkeiten – und Bericht 24 – Personalentwicklungsprogramm – zur Kenntnis.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement
(ohne Aus- und Fortbildung)

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 11 und 12	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge lfd. Nrn. 11 und 12 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 54604 – Sächliche Ausgaben für zukunftsorientierte Entwicklungsmaßnahmen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 15** hier: lfd. Nr. 13	1100 AG Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 25 – Titel 51185 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 25 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1541 – Landesverwaltungsamt - Leitung und Zentraler Service -

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1542 – Landesverwaltungsamt - Logistikservice -

Titel 51802 – Mieten für Fahrzeuge

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 26 – Titel 51802 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 26 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1543 – Landesverwaltungsamt - Personalservice -
Titel 42231 – Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 27 – Titel 42231 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 27 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1544 – Landesverwaltungsamt - Beihilfeservice –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 28 – Künstliche Intelligenz Watson im Beihilfebereich (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Hendrikje Klein (LINKE) äußert, offenbar sei doch die Künstliche Intelligenz Watson im Einsatz. Sie interessiere, wie viele Treffer es mittels KI gegeben habe und wie diese Fälle erledigt worden seien. Habe es Anzeigen gegeben? In welchen Bereichen – Senatsverwaltung, Bezirksverwaltung – seien die Treffer ausgemacht worden? Welches Finanzvolumen sei davon betroffen gewesen? Welche Summen hätten gerettet werden können?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die gestellten Fragen würden schriftlich beantwortet. Als Berichtstermin schlage sie das 1. Quartal 2024 vor.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 28 zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Ausschuss erwarte den Bericht im Laufe des 1. Quartals 2024. Die zweite Lesung des Einzelplans 15 sei damit beendet.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten

hierzu liegt vor:

a)	Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 4 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 AE Haupt
b)	Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** Hinweis: Die Änderungsanträge lfd. Nr. 1 bis 7 sind den jeweiligen Titeln zugeordnet worden.	1100 AH Haupt

André Schulze (GRÜNE) führt zu den Änderungsanträgen seiner Fraktion aus, diese beantrage, im Kapitel 2900 die Ansätze in Titel 08901 – Übernachtungsteuer – zu erhöhen und diese auf beruflich veranlasste Übernachtungen auszuweiten. Zudem solle ein neuer Titel 08902 – Verpackungsteuer – eingeführt werden. Die ausführliche Begründung für diese Maß-

nahmen finde sich in den entsprechenden Drucksachen – Drucksache 19/1163 und Drucksache 19/1109 –. Die gewählten Summen für die Übernachtungsteuer gingen auf Schätzungen der Städte Dresden und Potsdam zurück, in denen diese Ausweitung bereits erfolgt sei. Der Senat habe leider nicht zu einer Aufschlüsselung beitragen können. Bei den Ansätzen für die Verpackungsteuer handele es sich um eine Hochrechnung der Schätzungen der Stadt Tübingen, in der vergleichbare Steuersätze bereits eingeführt worden seien.

In der kommenden Sitzung werde seine Fraktion Kapitalzuführungen an die Berliner Energie- und Netzholding GmbH für Investitionen ins Energienetz sowie an die WISTA Management GmbH zur Einrichtung eines weiteren Gewerbehofs beantragen. Im Einzelplan 29 würden die Transaktionskredite zur Gegenfinanzierung in Titel 32500 – Kreditmarktmittel – ausgewiesen.

Weil bislang kein Konzept zur Anhebung der Entlohnung aller Tarifbeschäftigten des Landes Berlin auf das Bundesgrundniveaus vorliege, sollten aus Titel 46101 – Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben – im Jahr 2024 40 Mio. Euro entnommen werden, weil davon ausgegangen werden könne, dass es sich um so eine komplexe Materie handele, dass sie nicht bereits im ersten Halbjahr 2024 umgesetzt werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, dass die AfD-Fraktion auf eine Begründung ihrer Änderungsanträge verzichte.

Kapitel 2900 – Steuern und Finanzausgleich –

Mitberaten wird:

a) Bericht SenFin – III D – vom 18.10.2023 — 1194 Haupt
Überlegungen auf Bundesebene zur Grunderwerbssteuer
(Berichtsauftrag aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

b) Bericht SenFin – III D – vom 23.10.2023 — 1212 Haupt
Überlegungen auf Bundesebene zur Grunderwerbssteuer
Stand der Gesetzesreform zur Grunderwerbsteuer
(Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1194 und 1212 ohne Aussprache zur Kenntnis.

c) Bericht SenFin – III D – vom 23.10.2023 — 1207 Haupt
Grundsteuer
(Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass auf Antrag der Linksfraktion über die Aussprache ein Wortprotokoll erstellt werde.

Protokollierung siehe gesondertes Wortprotokoll.

- pe/mo -

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1207 zur Kenntnis.

d) Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 — 1209
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der — Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 30 – Kauffälle
(Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 30 ohne Aussprache zur Kenntnis.

e) Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 — 1209
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der — Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 29 – Pauschale Minderausgaben (für Bauinvestitionen)
(Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

André Schulze (GRÜNE) erinnert daran, seine Fraktion habe unter anderem gefragt, welche einnahmeseitigen Verbesserungen der Senat plane. Der Senat habe darauf nicht konkret geantwortet. Er bitte deshalb um einen Folgebericht vor der Sommerpause 2024 darüber, welche einnahmeseitigen Verbesserungen der Senat bis dahin identifiziert habe.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Folgebericht sei zugesagt. Der Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 29 sei zur Kenntnis genommen.

Titel 05300 – Grunderwerbsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum — 1100 AH
Einzelplan 29 — Haupt
hier: lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 07300 – Grundsteuer B

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 — 1209
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der — Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 31 – Titel 07300
(Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 31 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 08901 – Übernachtungsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 1	1100 AE Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Neuer Titel 08902 – Verpackungsteuer

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 2	1100 AE Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 2902 – Darlehen und Schuldendienst

Titel 32500 – Kreditmarktmittel

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 3	1100 AE Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 32502 – Kreditmarktmittel nach § 2 BerlSchuldenbremseG –

Ohne Wortmeldung.

Kapitel 2910 – Übrige allgemeine Finanzangelegenheiten

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO

hierzu liegt vor:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 2	1100 AH Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 2 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 35501 – Entnahme aus der Konjunkturausgleichsrücklage

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 32 – Titel 35501 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 32 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 35903 – Entnahme aus der Rücklage nach § 62 LHO
Titel 35923 – Entnahme aus der Rücklage zur Vorsorge im Zusammenhang mit Energiekostensteigerungen im öffentlichen und privaten Bereich
Titel 35924 – Entnahme aus der Rücklage zur Vorsorge von Baukostensteigerungen
Titel 35926 – Entnahme aus der Resilienzrücklage

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 33 – Rücklagen (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

André Schulze (GRÜNE) erklärt, er sei mit dem Bericht nicht zufrieden. Bei der Energiekostenrücklage werde ausgeführt, dass die Entnahme nicht auf konkrete und bereits bekannte Steigerungen der Energiekosten zurückgehe, sondern es sich lediglich um vorsichtige Schätzungen handele. Gleiches gelte für die Baukostenrücklage. Das Geld werde später für etwaige Kostensteigerungen nicht mehr zur Verfügung stehen, denn es werde für konsumtive Zwecke im Haushalt genutzt. Er glaube deshalb nicht, dass die Mittel tatsächlich für Baukostensteigerungen zur Verfügung stünden. Er bitte um einen Folgebericht rechtzeitig vor der Sommerpause 2024, in dem dargelegt werden, welche Entnahmen stattgefunden hätten und in welche Titel diese gebucht worden seien.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei zugesagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 33 zur Kenntnis.

- pe/mo -

Titel 35907 – Entnahme aus der Rücklage Innovationsförderfonds

Mitberaten wird:

a)	Bericht SenFin – II LIP 8 – vom 23.10.2023 **Innovationsförderfonds** (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	1206 Haupt
b)	Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 34 – Titel 35907 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

André Schulze (GRÜNE) bittet darum, dass aus der Belegungsliste des Innovationsförderfonds der Zweck „Ausweitung der Innovationsförderung und Stärkung des Wirtschaftsstandorts“ angesichts der Höhe des Ansatzes 2023 von 19,35 Mio. Euro zur Restelesung eine Aufschlüsselung vorgenommen werde.

Sebastian Walter (GRÜNE) weist darauf hin, dass beim Bericht rote Nr. 1206 Teile der Tabelle fehlten. Er bitte deshalb darum, den Bericht erneut anzuliefern und bei den Sammeltiteln die Erläuterungen komplett darzustellen, sowie aufzulisten, was sich dahinter verberge.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält beide Berichtswünsche zur Restelesung fest.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1206 und 1209 betreffend Bericht 34 – Titel 35907 zur Kenntnis.

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 35 – Titel 51715 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 35 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 36 – Titel 68406 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

André Schulze (GRÜNE) bezieht sich auf die Formulierung im Bericht, die „Teilhabe an der Tarifentwicklung“ laute. Sei damit eine Übertragung eines Tarifabschlusses inklusive etwaiger Sonderzahlungen gemeint?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, die Frage werde von einem Mitarbeiter beantwortet.

Oliver Rohbeck (SenFin) legt dar, es handele sich um die zentrale Vorsorge, die auf das Zuwendungsrecht und damit auf den Ermessensspielraum der zuwendungsgebenden Behörden rekurriere. Es könne keine allgemeine Aussage gemacht werden, die Tarifabschlüsse einschließlich Sonderzahlungen würden generell übertragen. Im Zusammenhang mit dem Ermessensspielraum sowie den politischen Schwerpunkten in den Senatsverwaltungen sowie in den Bezirken müsse darauf Rücksicht genommen werden, dass diese die eine oder andere Zuwendung neu bewerteten, beispielsweise hinsichtlich ihrer Dauer und ihres Zwecks. – Zudem weise er darauf hin, dass die Tarifsteigerungen überhaupt nur ausgeglichen würden, wenn nach Tarifvertrag bezahlt werde. Sei dies nicht der Fall, könnten die Fachressorts darauf möglicherweise reagieren. Insofern komme es auf das individuelle Ermessen der Fachverwaltungen an.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 36 zur Kenntnis.

Titel 88411 – Zuführung an das Sondervermögen Klimaschutz, Resilienz und Transformation

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 3	1100 AH Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 3 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 37 – Titel 88411 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Steffen Zillich (LINKE) entnimmt dem Bericht, die in Titel 88411 eingestellten Mittel würden zunächst nicht benötigt. Treffe dies zu?

André Schulze (GRÜNE) schließt sich der Fragestellung an.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) geht davon aus, dass der Bericht eindeutig sei. Für den Haushaltsplanentwurf sei die Entwurfsfassung des Gesetzes zugrunde gelegt worden, die mittlerweile aber überholt sei. Der Titel werde eine Rolle bekommen, aber nicht im Doppelhaushalt 2024/2025.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 37 zur Kenntnis.

Kapitel 2920 – Kommunalinvestitionsprogramm

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 38 – Kommunalinvestitionsprogramm (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 38 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 2931 – Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 39 – Landesweite Aufgaben im Zusammenhang mit der Fluchtbewegung (Ukraine) (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 39 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 2940 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 40 – Versorgungsausgaben und weitere zentrale Personalangelegenheiten (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 40 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 42400 – Zuführung an die Versorgungsrücklage –Besoldungsbereich –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 4	1100 AH Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 42401 – Zuführung an die Versorgungsrücklage – Lehrkräfte –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 5	1100 AH Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 5 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 43201 – Versorgungsbezüge der Beamtinnen/Beamten –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 7	1100 AH Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 7 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 43400 – Zuführung an die Versorgungsrücklage –Versorgungsbereich –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 6	1100 AH Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 6 der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 46101 – Pauschale Mehrausgaben für Personalausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum **Einzelplan 29** hier: lfd. Nr. 4	1100 AE Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der** **1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 41 – Titel 46101 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

André Schulze (GRÜNE) beantragt einen Folgebericht zur letzten Sitzung vor den Osterferien 2024, in dem zum Sachstand und zur Konzeption der schrittweisen Anpassung an das Bundesgrundniveau berichtet werden solle.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 41 zur Kenntnis.

Kapitel 2990 – Vermögen

Titel 12111 – Erträge aus Beteiligungen an öffentlichen Unternehmen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 43 – Titel 12111 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Steffen Zillich (LINKE) befürchtet, er habe seinen Berichtswunsch nicht genau genug formuliert. Ihn interessiere jenseits der Frage, welche Ausschüttungen im Jahr 2023 durch den Landeshaushalt vereinnahmt worden seien, auch der Forecast der Jahresabschlüsse der infrage kommenden Unternehmen hinsichtlich möglicher Ausschüttungen im Jahr 2024. Er bitte deshalb darum, den Bericht um diesen Aspekt zu ergänzen. Bis wann könne solch ein Folgebericht geliefert werden?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) merkt an, es müsse zunächst das Geschäftsjahr abgeschlossen werden, um eine Aussage treffen zu können. Deshalb nenne sie als Berichtstermin das 1. Quartal 2024.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, dieser Zeitpunkt sei ihm zu spät. Es gebe doch Quartalsberichte, in denen auch ein Forecast enthalten sei. Er wünsche einen Bericht auf dieser Grundlage, wohl wissend, wie ungenau die Aussagen deshalb sein müssten. Er habe auch nichts gegen eine nichtöffentliche Debatte in diesem Zusammenhang. Er wiederhole: Er bitte um einen Bericht noch während der Haushaltsberatungen und auch sehr gern nichtöffentlich.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht werde zur Sitzung am 1. Dezember 2023 erwartet. Der Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 43 sei zur Kenntnis genommen.

Titel 35904 – Entnahme aus der Rücklage für die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)
Titel 83106 – Kapitalzuführung an die Landesanstalt Schienenfahrzeuge Berlin (LSFB)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 44 – Landesanstalt Schienenfahrzeuge (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Steffen Zillich (LINKE) fasst zusammen, der Senat sei der Auffassung, die Rücklage Schienenfahrzeuge solle komplett zur Deckung des Haushalts oder zur Finanzierung von SIWA-

Maßnahmen geleert werden, um die Rücklage anschließend bei entsprechendem Finanzbedarf wieder zu füllen. Er wolle dies darstellen, damit das Verfahren nicht in Vergessenheit gerate.

André Schulze (GRÜNE) äußert, aus seiner Sicht sei es ungewöhnlich, dass es innerhalb eines Berichts heiße, die komplette Rücklage werde geleert, dann werde jedoch festgestellt, dass es einen Kapitalbedarf in Höhe von 80 Mio. Euro gebe, weshalb in entsprechender Höhe eine Kapitalzuführung vorgenommen werde. Dies wäre selbst der Vorgängerkoalition nicht eingefallen. Sehe er es richtig, dass die 80 Mio. Euro transaktionskreditfinanziert seien? Handele es sich demnach um ein Konstrukt, um Kredite aufzunehmen.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) unterstreicht, es werde das Instrumentarium genutzt, das haushaltsrechtlich zur Verfügung stehe. Im Rahmen der Schuldenbremse könnten bestimmte Dinge auch über Transaktionskredite abgebildet werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 44 zur Kenntnis.

Titel 68283 – Zuschuss an die Vivantes GmbH zum Ausgleich von Jahresfehlbeträgen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 45 – Titel 68283 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Steffen Zillich (LINKE) meint, es wäre gut, wenn es ein genaueres Commitment über eine Eigentümerstrategie gegenüber Vivantes gäbe und sich dieses in den Haushaltsveranschlagungen ausdrücken würde. Es werde durchaus auf die Situation des Unternehmens eingegangen, auch wenn an einer Stelle eine Verpflichtungsermächtigung – VE – ohne Finanzierung ausgewiesen sei. Er sehe an dieser Stelle Veränderungsbedarf.

André Schulze (GRÜNE) beantragt, zu letzten Sitzung vor der Sommerpause 2024 solle ein Folgebericht zum aktuellen Stand der Rückführung der Vivantes-Töchter vorgelegt werden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 45 zur Kenntnis.

Titel 83108 – Kapitalzuführung an die BIM GmbH für die Berliner Bodenfonds GmbH

Mitberaten wird:

a) Bericht SenFin vom 11.10.2023 — 0930 B
Verwendung der Mittel zum Ankauf von Grund und Boden, zur strategischen Bodenbevorratung sowie zur Geschäftstätigkeit der Berliner Bodenfonds GmbH — Haupt
gemäß Auflage B. 141 – Drucksache 19/0400 zum Haushalt 2022/23
Hinweis: Mitteilung zur Kenntnisnahme

b) Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 — 1209
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses — Haupt
hier: Bericht 42 und 46 – Bodenfonds GmbH
(Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Steffen Zillich (LINKE) bekundet, er akzeptiere die dargestellte Rechtsposition nicht, dass aus der Rechtsform und der steuerlichen Stellung einer GmbH und der deshalb notwendigen Gewinnerzielungsabsicht zwingend folge, dass die Preise, die für Leistungen dieser GmbH aufgerufen würden, Marktpreise sein müssten. Aus seiner Sicht reiche diese Formulierung zu weit. Es gebe andere Beispiele, auch aus öffentlichen und öffentlichnahen Bereichen, wo Preise, die nicht Marktpreise seien, die aber zu einer Eigenwirtschaftlichkeit führten, die Gewinnerzielungsabsicht durchaus darstellten. Die Rekurrierung auf Marktpreise insbesondere bei der Widerspiegelung von Bodenwerten, sei besonders problematisch. Er konstatiere hier eine andere Rechtsauffassung und glaube, dass es notwendig sei, sich von der Rechtsauffassung des Senats zu trennen, weil sie bedeute, dass man spekulationsgetriebene Bodenwerte in den Bereich der landeseigenen Ökonomie und Steuerung übernehme.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0930 B und 1209 betreffend Bericht 42 und 46 zur Kenntnis.

Titel 89103 – Zuschuss an das SILB zur Sanierung des Haus der Statistik (Teilabschnitt) –

Mitberaten wird:

a) Schreiben SenFin – I D 3 – vom 23.10.2023 — 1210
Haus der Statistik — Haupt
Antrag zur Aufhebung einer qualifizierten Sperre bei Kapitel 2990, Titel 89103

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1210 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

b) Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 1209
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses
hier: Bericht 47 – Titel 89103
(Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)

Steffen Zillich (LINKE) vertritt die Auffassung, es gebe ganz offensichtlich ein Problem. Es stelle sich die generelle Frage, ob das Modellprojekt funktionieren werde oder nicht. In Hinblick auf die soziokulturelle Nutzung sei das Preisgap so groß, dass zumindest er keine Idee habe, wie es geschlossen werden könnte.

Der Senat habe deutlich gemacht, dass der Bodenwert nicht in die Pacht eingehe, wohl aber die Abschreibung auf den Gebäudewert. Hierzu habe er die Frage, ob bei der Abschreibung berücksichtigt sei, dass es sich bei dem Pachtgegenstand nur um den Rohbau ohne Innenausbau handele.

Er habe danach gefragt, ob möglicherweise Bauzuschüsse, die von Fachverwaltungen ausgereicht würden, dazu geeignet sein könnten, eine Absenkung der Mietzahlung zu ermöglichen. Darauf sei wenig konkret mit einem Verweis auf die Mieten im SILB beantwortet worden. Bedeute dies, dass unabhängig davon, ob öffentliche Bauzuschüsse in solch ein Objekt eingeflossen seien, der Gebäudewert abgeschrieben werden und dies durch die Miete refinanziert werden müsse? – Wenn dem so sei, führten öffentliche Bauzuschüsse nicht dazu, dass Mieten reduziert werden könnten. Er bezweifle, dass diese Logik im Interesse des Eigentümers liege. Wenn beispielsweise die Nutzung eines Gebäudes auch mithilfe von Bauzuschüssen gar nicht ermöglicht werde, dann müsse über den Weg noch einmal diskutiert werden. Der Senat sei rechenschaftspflichtig, inwieweit er eine Möglichkeit sehe, eine Lösung zu finden, damit das Projekt fortgesetzt werden könne.

Angela Deppe (BIM) bestätigt, dass die Abschreibung ohne den Innenausbau gebildet worden sei. Vielleicht müsse man feststellen, dass das Instrumentarium nicht ausreiche. Die Abschreibung werde benötigt, um den baulichen Unterhalt über den Lebenszyklus der Immobilie leisten zu können.

Es sei dargelegt worden, dass eine Kostenmiete anhand der Wiederherstellungskosten berechnet worden sei. Insofern sei man einen gemeinsamen Weg mit der Stadtgesellschaft gegangen. Es bestehe aber nach wie vor eine Lücke, die geschlossen werden müsse. Der festgelegte Grundsatz, dass keine Subventionierungen für Nutzungen aus dem SILB zu leisten seien, sei ihres Wissens bei der Implementierung des Mieter-Vermieter-Modells einvernehmlich festgelegt worden.

Steffen Zillich (LINKE) kommentiert, die Ausführungen entsprächen der verständlichen Sichtweise eines Landesunternehmens. An dieser Stelle müsse sich jedoch der Senat positionieren. Er wolle den Senat nicht dazu bringen, jetzt eine endgültige Aussage treffen zu müssen, sondern beantrage stattdessen einen Folgebericht mit dem Berichtstermin Ende 1. Quartal 2024, in dem die Bemühungen des Senats dargelegt werden sollten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei zugesagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 47 zur Kenntnis.

Titel 89102 – Zuschüsse an private Unternehmen für Investitionen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 48 – PMO-Vermögen (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Sven Heinemann (SPD) bedauert, dass derzeit in der Schweiz keine Verfahren zum Vermögen der Parteien- und Massenorganisationen der ehemaligen DDR mehr offen seien. Dem Bericht habe er entnommen, dass Liegenschaften vorhanden, die aber praktisch nichts wert seien. Um welche Liegenschaften handele es sich? Befänden sich auch Liegenschaften in Berlin und wenn ja, bitte er um eine entsprechende Auflistung.

Er habe dem Bericht weiter entnommen, dass Rückstellungen in Höhe von 80 Mio. Euro gebildet worden, die aber in absehbarer Zeit nicht verfügbar seien. Könnten Aussagen zum ungefähren Zeithorizont gemacht werden? Könne die Rücklage, wenn sie nicht mehr notwendig sei, unter den Bundesländern aufgeteilt werden oder handele es sich um eine des Bundes, die auch dort verbleiben würde?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, die Informationen lägen bei der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben – BvS. Um die Fragen beantworten zu können, müsse dort nachgefragt werden. Sie sagen zu, die Fragen schriftlich zu beantworten.

Sven Heinemann (SPD) schlägt vor, der Bericht solle vor der Sommerpause 2024 vorliegen. Er bitte um Auflistung der Berliner Grundstücke oder Liegenschaften sowie um Darstellung, wie lange die Rückstellungen noch aufrecht erhalten werden müssten und ob sie unter den berechtigten Bundesländern verteilt werden könnten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei zugesagt.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 48 zur Kenntnis.

Kapitel 2991 – Immobilienbezogene Sondervermögen

Titel 89105 – Zuschuss an das SILB für raumlufttechnische Anlagen

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 50 – Titel 89105 (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 50 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89171 – Zuschuss an das SODA zur Gesamtsanierung und Herrichtung des Robert-Koch-Forums

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenFin – ZS D 2 – vom 24.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** hier: Bericht 49 – Robert-Koch-Forum (Berichtsaufträge aus der 41. Sitzung vom 20.09.2023)	1209 Haupt

Steffen Zillich (LINKE) geht davon aus, dass es Mietverträge mit den künftigen Nutzern gebe. Gleichwohl sei ein Baukostenrisiko vorhanden. Die künftigen Mieter hätten besondere Anforderungen an den Ausbau gestellt, denen das Land auch nachgekommen sei. Er frage, wie die gefixten Mietbedingungen einerseits und noch nicht absehbaren Aufwände andererseits in Übereinstimmung gebracht werden sollten.

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) erklärt, die Fragen würden innerhalb von vier Wochen schriftlich beantwortet.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der erbetene Bericht sei zugesagt. Der Bericht rote Nr. 1209 betreffend Bericht 49 sei zur Kenntnis genommen. Die zweite Lesung des Einzelplans 29 sei damit beendet. Die Restelesung finde am 1. Dezember 2023 statt.

Alle Facility-Management-Titel
(Es wird um die Anwesenheit einer Vertretung der Berliner Immobilienmanagement GmbH gebeten.)

a)	Bericht SenFin – II B – vom 16.08.2023 **FM-Titelliste 2024/2025**	1100 B Haupt

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht rote Nr. 1100 B laufe während der Haushaltsberatungen mit.

b)	Vertraulicher Bericht SenFin – I D 3 – vom 16.08.2023 **SILB/BIM-Baumaßnahmen** (Berichtsauftrag aus der 16. Sitzung des UA VermV vom 21.06.2023)	0034 C Haupt Vertrauliche Beratung
c)	Bericht SenFin – I D 3 – vom 25.09.2023 SILB/BIM-Baumaßnahmen (Finanzierungsmodelle) (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023) Hinweis: Im Bericht rote Nummer 0034 D wird auf einen „Bericht zum neuen Geschäftsmodell BIM“ verwiesen. Dieser hat die rote Nummer 0930 A erhalten und wurde bereits in der 41. Sitzung am 20.09.2023 zur Kenntnis genommen.	0034 D Haupt
d)	Bericht SenFin – I D 24 – vom 06.10.2023 Vorlage des Schadstoffgutachtens zur BIM-Baumaßnahme An der Urania 4-10, 10787 Berlin (Berichtsauftrag aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	1133 A Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 0034 C, 0034 D und 1133 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

e)	Sammelvorlage SenFin – I D 26 – vom 23.10.2023 **Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses** **hier: Facility Management** 1. Innere Darlehen im SILB 2. Vorsorge gegen steigende Betriebskosten 3. Mietkosten 4. Zugriff auf die zentrale Vorsorge 5. Brunnen 6. Leerstandsquote 7. Energieeffizienzklassen 8. Baukostensteigerungen 9. Bedarf von energetischen Sanierungen außerhalb des SILB (Berichtsaufträge aus der 40. Sitzung vom 13.09.2023)	1211 Haupt

Steffen Zillich (LINKE) verdeutlicht, ihm sei es bei seinen Fragen im Rahmen des Berichts Nr. 9 um Sanierungsvorhaben außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der BIM gegangen. Er habe auf Auskunft des Senats gehofft, welche Gebäude außerhalb der Verwaltung durch die BIM einen Bedarf an kurzfristig umzusetzenden energetischen Maßnahmen hätten. Könne dies schriftlich berichtet werden?

Staatssekretärin Tanja Mildenberger (SenFin) sagt zu, die Fragen würden schriftlich zum Ende der 1. Quartals 2024 beantwortet.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1211 zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

Keine Wortmeldung.